



Amtliche Bekanntmachungen

Herausgegeben von der Zentralen Verwaltung
Jahrgang 36 – Nr. 11 – 17.09. 2010
ISSN 1866-2862

Inhaltsverzeichnis

AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN

Grundordnung	387
Erste Satzung zur Änderung der Prüfungs- und Studienordnung der Universität Tübingen für die B.A./M.A.-Studiengänge der Kulturwissenschaftlichen Fakultät in Kooperation mit der Geowissenschaftlichen Fakultät	400
Prüfungs- und Studienordnung der Universität Tübingen für die Studiengänge des Fachbereichs Geowissenschaften der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät mit akademischer Abschlussprüfung Bachelor of Science (B.Sc.) und Master of Science (M.Sc.) Besonderer Teil für den Bachelorstudiengang Umweltnaturwissenschaften	405
Prüfungs- und Studienordnung der Universität Tübingen für den Studiengang Katholische Theologie mit akademischer Abschlussprüfung (B.A.-Studiengang)	413
Prüfungs- und Studienordnung der Universität Tübingen für den Studiengang Magister/Magistra theologiae	432
Prüfungs- und Studienordnung der Universität Tübingen für die Studiengänge der Fakultät für Biologie mit akademischer Abschlussprüfung Bachelor of Science (B.Sc.) und Master of Science (M.Sc.)	449
B.1 - Besonderer Teil	465
B.2 - Besonderer Teil	470

Prüfungs- und Studienordnung der Universität Tübingen für den Studiengang Magister/Magistra theologiae

Aufgrund von §§ 19 Abs.1 Ziffer 10, 34 Abs.1 LHG in der Fassung vom 1. Januar 2005, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Verbesserung des Hochschulzugangs beruflich Qualifizierter und der Hochschulzulassung vom 15. Juni 2010 hat der Senat der Universität Tübingen in seiner Sitzung am 15. Juli 2010 die nachstehende Prüfungs- und Studienordnung für den Studiengang *Magister/Magistra theologiae* an der Katholisch Theologischen Fakultät beschlossen. Die Zustimmung der Diözese Rottenburg –Stuttgart gemäß § 74 LHG wurde am 24. Juni 2010 erteilt

Der Rektor hat seine Zustimmung am 23. August 2010 erteilt.

Die Ordnung entspricht den Vorgaben der *Rahmenordnung für die Priesterbildung* der Deutschen Bischöfe vom 1. Dezember 1988 in der Fassung vom 12. März 2003, ergänzt durch die *Kirchlichen Anforderungen an die Modularisierung des Studiums der Katholischen Theologie (Theologisches Vollstudium) im Rahmen des Bologna-Prozesses* vom 8. März 2006.

Inhaltsverzeichnis

I. Das Studium

- § 1 Studieninhalte und Studienziele
- § 2 Struktur des Studienganges, Regelstudienzeit
- § 3 Hochschulgrad
- § 4 Studienaufbau
- § 5 Sprachkenntnisse
- § 6 Studienfächer
- § 7 Zugang zu Modulen und Lehrveranstaltungen
- § 8 Organisation des Studiums und Studieninhalte

II. Die Prüfungen – Allgemeine Bestimmungen

- § 9 Organisation der Prüfungen
- § 10 Bewertung von Leistungsnachweisen, Prüfer und Beisitzer für Prüfungsleistungen
- § 11 Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen für alle Prüfungen in der Orientierungs- und Grundlagenphase
- § 12 Arten von Leistungsnachweisen und Prüfungsleistungen
 - a) Mündliche Prüfungen
 - b) Klausurarbeiten
- § 13 Bewertung von Prüfungsleistungen
- § 14 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 15 Bestehen und Nichtbestehen von Leistungsnachweisen und Prüfungsleistungen
- § 16 Wiederholung von Leistungsnachweisen und Prüfungsleistungen
- § 17 Fristen für das Ablegen der Prüfungen
- § 18 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen
- § 19 Ungültigkeit einer Prüfung
- § 20 Einsicht in die Prüfungsakten

III. Die Orientierungsprüfung

- § 21 Durchführung, Art und Umfang der Orientierungsprüfung
- § 22 Zeitpunkt und Fristen
- § 23 Bescheinigung

IV. Prüfungen der Grundlagenphase

§ 24 Durchführung, Art und Umfang der Prüfung

§ 25 Zeitpunkt und Fristen

§ 26 Bescheinigung

V. Die Abschlussprüfung zum *Magister/zur Magistra theologiae*

§ 27 Voraussetzungen für die Zulassung zur Magisterprüfung und Durchführung der Prüfung

§ 28 Zulassungsverfahren, Fristen

§ 29 Durchführung, Art und Umfang der Magisterprüfung, Fristen

§ 30 Magisterarbeit

§ 31 Bildung der Gesamtnote und Zeugnis

§ 32 Hochschulgrad und Magisterurkunde

VI. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 33 Inkrafttreten

§ 34 Übergangsregelung

I. Das Studium

§ 1 Studieninhalte und Studienziele

(1) Der Studiengang (*Magister/Magistra theologiae*) vernetzt zentrale theologische Themenbereiche mit berufsspezifischen Fähigkeiten und Fertigkeiten. Die Studierenden sollen befähigt werden, Zusammenhänge zu überblicken sowie komplexe Problemstellungen zu erkennen, aufzugreifen und sie mit wissenschaftlichen Methoden selbstständig zu analysieren und zu bearbeiten. Sie sollen lernen, wissenschaftliche Fachliteratur kritisch zu beurteilen. Dazu gehören einerseits methodische Fähigkeiten der begriffsgeleiteten Analyse sowie andererseits umfassende sachliche Kenntnisse der verschiedenen theologischen Disziplinen. Den Studierenden werden die Kompetenzen vermittelt, die erforderlich sind, um die erworbenen Fachkenntnisse in verschiedenartigen beruflichen Betätigungsfeldern fruchtbar zu machen.

(2) Darüber hinaus vermittelt der Studiengang fundamentale und studienfachunabhängige berufsfeldorientierte Schlüsselqualifikationen (Soft Skills), insbesondere im Bereich der Vermittlungswissenschaften.

(3) Der Studiengang ist geprägt durch studienbegleitende Leistungsnachweise im Zusammenhang mit Grundkursen (Proseminaren) und Hauptseminaren sowie Prüfungsleistungen im Zusammenhang mit Vorlesungen und Kolloquien. Lehrveranstaltungen und Praktika, die der Berufsorientierung und/oder dem Erwerb von Schlüsselqualifikationen dienen (M 13 und M 17), sollen in der Regel mit Leistungsnachweisen oder Prüfungsleistungen verbunden werden. Leistungsnachweise und Prüfungsleistungen sind zeitnah zum jeweiligen Modul zu erbringen.

§ 2 Struktur des Studienganges, Regelstudienzeit

(1) Der Studiengang *Magister/Magistra theologiae* an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Tübingen wird in modularisierter Form absolviert. In einem Modul werden jeweils verschiedene Lehrveranstaltungen zu den entsprechenden Themenblöcken angeboten. Art, Umfang und Inhalt der Module bestimmt das Modulhandbuch.

(2) Für den erfolgreichen Abschluss einer Veranstaltung bzw. eines Moduls werden ECTS-Punkte in der im Modulhandbuch festgelegten Anzahl vergeben. Sie werden nach dem durchschnittlich erforderlichen Arbeitsaufwand der Studierenden berechnet: Neben der

Präsenzzeit und der Prüfungsvorbereitung sind 20% für das Selbststudium vorzusehen. Als Arbeitsbelastung werden 1.800 Arbeitsstunden pro Studienjahr angesetzt. Ein ECTS-Punkt entspricht damit einem Arbeitsaufwand der Studierenden von 30 Stunden.

(3) Der Studiengang ist in zwei Abschnitte mit drei Phasen (*Orientierungs-, Grundlagen-, Vertiefungsphase*) unterteilt, die sukzessiv zu studieren sind (siehe dazu § 4). Der Umfang des ersten Studienabschnitts (*Orientierungs- und Grundlagenphase*) entspricht 180 ECTS-Punkten, der Umfang des zweiten Studienabschnitts (*Vertiefungsphase*) 120 ECTS-Punkten.

(4) Das Studium zum *Magister/zur Magistra theologiae* beginnt in der Regel im Wintersemester. Die Regelstudienzeit für beide Studienabschnitte einschließlich aller zu erbringenden Studien- und Prüfungsleistungen beträgt insgesamt zehn Semester, wovon sechs Semester auf den ersten Studienabschnitt und vier Semester auf den zweiten Studienabschnitt entfallen. Die Studieninhalte sind so auszuwählen und zu bemessen, dass das Studium innerhalb der Regelstudienzeit abgeschlossen werden kann.

§ 3 Hochschulgrad

Nach erfolgreichem Abschluss des Studienganges verleiht die Katholisch-Theologische Fakultät der Universität Tübingen den akademischen Grad „*Mag.theol.*“.

§ 4 Studienaufbau

(1) Der erste Studienabschnitt besteht aus einer *Orientierungsphase* im Umfang von 60 ECTS-Punkten sowie einer *Grundlagenphase* im Umfang von 120 ECTS-Punkten.

(2) Die *Orientierungsphase* besteht aus den Modulen des ersten Studienjahres (M 01 bis M 05). Sie führt die Studierenden in die wissenschaftliche Arbeitsweise ein und vermittelt einen Überblick über die Bandbreite der theologischen Fächer, über deren jeweilige Gegenstände sowie über die fachspezifische Methodik.

(3) Die *Grundlagenphase* besteht aus den Modulen des zweiten und dritten Studienjahres (M 06 bis M 15). Sie soll den Studierenden grundlegende theologische Inhalte und Einsichten vermitteln sowie die Kompetenz zur sachgerechten Umsetzung, Anwendung und Weitergabe der erworbenen Kenntnisse.

(4) Der zweite Studienabschnitt (*Vertiefungsphase*) entspricht einem Umfang von 120 ECTS-Punkten und besteht aus den Modulen des vierten und fünften Studienjahres (M 14 bis M 17). Er dient der Spezialisierung sowie der wissenschaftlichen Vertiefung der im ersten Studienabschnitt erworbenen Kenntnisse sowie der weiteren Entfaltung berufsspezifischer Kompetenzen.

(5) Die Zulassung zum zweiten Studienabschnitt setzt in der Regel die erfolgreiche Absolvierung des ersten Studienabschnitts des Studienganges *Magister theologiae* oder eines mindestens sechs Semester Regelstudienzeit umfassenden Studienabschnitts eines gleichwertigen Studienganges oder eines äquivalenten Bachelor-Studienganges im Fach Katholische Theologie voraus.

(6) Innerhalb der Grundlagen- und innerhalb der Vertiefungsphase können die Module jeweils im Rahmen des Lehrangebotes in beliebiger Reihenfolge studiert werden. Dabei kann im Blick auf ein Auswärtsstudium das Angebot einer entsprechenden Fakultät berücksichtigt werden.

(7) Das Studium endet mit dem Abschluss der Prüfung zum *Magister/zur Magistra theologiae*.

§ 5 Sprachkenntnisse

(1) Für den Studiengang *Magister/Magistra theologiae* sind ausreichende Kenntnisse in den Sprachen Latein, Griechisch und Hebräisch erforderlich. Der Nachweis ist spätestens vor Beginn des Studiums der Module des zweiten und dritten Studienjahres zu erbringen und erfolgt durch Vorlage staatlicher Zeugnisse (Latinum, Hebraicum, Graecum) oder durch erfolgreichen Abschluss fakultätsinterner bzw. von der Fakultät als äquivalent anerkannter Sprachkurse bzw. Lehrveranstaltungen.

(2) Für den studienbegleitenden Erwerb der Sprachkenntnisse wird pro Sprache ein Semester nicht auf die Regelstudienzeit angerechnet.

§ 6 Studienfächer

Am Studiengang *Magister/Magistra Theologiae* sind folgende Fächer beteiligt:

- Altes Testament
- Neues Testament
- Einleitung in das Alte und Neue Testament unter Einbeziehung der frühjüdischen Literatur
- Alte Kirchengeschichte, Patrologie und Christliche Archäologie
- Mittlere und Neuere Kirchengeschichte
- Liturgiewissenschaft
- Philosophische Grundfragen der Theologie
- Fundamentaltheologie
- Dogmatik
- Dogmatische Theologie, Dogmengeschichte und Ökumenische Theologie
- Theologische Ethik / Moraltheologie
- Theologische Ethik unter besonderer Berücksichtigung der Gesellschaftswissenschaften
- Kirchenrecht
- Praktische Theologie
- Religionspädagogik

§ 7 Zugang zu Modulen und Lehrveranstaltungen

Das Recht zur Teilnahme an bestimmten Modulen bzw. Lehrveranstaltungen oder der Zugang zu einem Studienabschnitt kann vom Erbringen bestimmter Studienleistungen oder dem Bestehen einer Prüfung abhängig gemacht werden, wenn dies zur ordnungsgemäßen Durchführung des Studiums in der Lehrveranstaltung oder dem Studienabschnitt geboten ist.

§ 8 Organisation des Studiums und Studieninhalte

(1) Das Studium der Katholischen Theologie ist als Magisterstudiengang (vgl. § 4) konzipiert und erfordert einen Gesamtumfang von mindestens 180 SWS und insgesamt 300 ECTS Leistungspunkten.

Der Arbeitsaufwand des Studierenden entspricht 30 Leistungspunkten pro Semester. Die Ordnung der Module und die Verteilung der Leistungspunkte auf die einzelnen Module ist laut folgender Aufstellung organisiert:

I. Orientierungsphase		
Modulnummer	Modulbezeichnung	ECTS-Punkte gesamt
M 01	Einführung in die biblische Theologie	12,00
M 02	Einführung in die historische Theologie	12,00
M 03	Einführung in die systematische Theologie	12,00
M 04	Einführung in die Philosophie und Fundamentaltheologie	15,00
M 05	Einführung in die praktische Theologie/ Humanwissenschaften	15,00

II. Grundlagenphase		
Modulnummer	Modulbezeichnung	ECTS-Punkte gesamt
M 06	Schöpfungstheologie/Anthropologie	10,00
M 07	Gotteslehre	11,00
M 08	Christologie	12,00
M 09	Ethik und Glaubensvollzug	18,00
M 10	Kirchengeschichte/ Ekklesiologie	18,00
M 11	Christliche Praxis: Kirche – Kultur – Gesellschaft	12,00
M 12	Christentum – Israel/Judentum – Weltreligionen	12,00
M 13	Berufsorientierung/ Schlüsselqualifikationen I	18,00

III. Vertiefungsphase		
Modulnummer	Modulbezeichnung	ECTS-Punkte gesamt
M 14	Vertiefung 1: Exegese / Kirchengeschichte	15,00
M 15	Vertiefung 2: Philosophie / Systematische Theologie	18,00
M 16	Vertiefung 3: Praktisch-theologische Fächer (incl. Homiletik)	18,00
M 17	Berufsorientierung/ Schlüsselqualifikation II	9,00
M 18	Schlussprüfung	30,00
M 19	Magisterarbeit	30,00

(2) Über die fachlichen Inhalte und Qualifikationsziele der Module sowie die Lehr- und Lernformen der Veranstaltungen im Einzelnen gibt das Modulhandbuch Aufschluss, welches die Fakultät ergänzend zu dieser Studien- und Prüfungsordnung herausgibt.

II. Die Prüfungen – Allgemeine Bestimmungen

§ 9 Organisation der Prüfungen

(1) Für die Organisation der Prüfungen und alle anderen durch diese Ordnung zugewiesenen Aufgaben und Entscheidungen ist das Dekanat als Prüfungsamt zuständig. Das Prüfungsamt achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Ordnung eingehalten werden.

Gegen belastende Entscheidungen des Prüfungsamtes ist ein Widerspruch des Prüflings in schriftlicher Form möglich (s. Abs. 7).

(2) Das Prüfungsamt berichtet der Fakultät auf Anfrage über die Entwicklung der Prüfungs- und Studienzeiten einschließlich der Bearbeitungszeiten für die Abschlussarbeiten sowie über die Verteilung der Fach- und Gesamtnoten. Der Bericht kann durch die Universität offen gelegt werden. Das Prüfungsamt hat sicherzustellen, dass Leistungsnachweise und Prüfungsleistungen in den in dieser Ordnung festgelegten Zeiträumen erbracht bzw. abgelegt werden können. Zu diesem Zweck sollen die Studierenden rechtzeitig sowohl über Art und Zahl der zu erbringenden Leistungsnachweise und der zu absolvierenden Prüfungsleistungen als auch über die Termine, zu denen sie zu erbringen sind, und ebenso über den Aus- und Abgabezeitpunkt der Masterarbeit informiert werden.

(3) Für die Entscheidung von Widersprüchen (nach Abs. 1) und Konfliktfällen bildet die Katholisch-Theologische Fakultät einen Prüfungsausschuss. Der/ die Vorsitzende dieses Prüfungsausschusses, das ihn/ sie im Verhinderungsfall vertretende Mitglied, die weiteren Mitglieder sowie deren StellvertreterInnen werden vom Fakultätsrat der Katholisch-Theologischen Fakultät bestellt. Der Prüfungsausschuss setzt sich wie folgt zusammen:

5. dem Studiendekan als Vorsitzendem,
6. zwei Professorinnen bzw. Professoren,
7. ein Mitglied des wissenschaftlichen Dienstes,
8. ein Student bzw. eine Studentin (mit beratender Stimme).

← --- Formatiert: Nummerierung und Aufzählungszeichen

Den Vorsitz im Prüfungsausschuss kann, auch stellvertretend, nur ein Professor führen. Der Vorsitzende führt im Regelfall die Geschäfte des Prüfungsausschusses. Darüber hinaus kann der Ausschuss der bzw. dem Vorsitzenden bestimmte Aufgaben widerruflich übertragen.

(4) Die Amtszeit der Mitglieder beträgt zwei Jahre, die des studentischen Mitglieds ein Jahr.

(5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, nach vorheriger Ankündigung bei der Abnahme der Prüfungen zugegen zu sein.

(6) Die Mitglieder des Prüfungsamtes und des Prüfungsausschusses und die sie vertretenden Personen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, hat der/ die Vorsitzende sie zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(7) Belastende Entscheidungen des Prüfungsamtes und des Prüfungsausschusses oder seines/ seiner Vorsitzenden sind dem Prüfling unverzüglich schriftlich mit Begründung unter Angabe der Rechtsgrundlage mitzuteilen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Widersprüche gegen Entscheidungen des Prüfungsamtes sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung schriftlich an den Prüfungsausschuss zu richten. Hilft der Prüfungsausschuss dem Widerspruch nicht ab, so ist dieser dem Rektor zur Entscheidung vorzulegen.

§ 10 Bewertung von Leistungsnachweisen, Prüfer und Beisitzer für Prüfungsleistungen

(1) Befugt zur Bewertung von Leistungsnachweisen und zur Abnahme von Prüfungsleistungen sind in der Regel nur Professoren, Privatdozenten und Angehörige des wissenschaftlichen Dienstes, denen der zuständige Fakultätsrat aufgrund langjähriger erfolgreicher Lehrtätigkeit die Prüfungsbefugnis übertragen hat. Sonstige Angehörige des wissenschaftlichen Dienstes, Lehrbeauftragte und Lehrkräfte für besondere Aufgaben können nur dann ausnahmsweise zu Prüfern bestellt werden, wenn Prüfer nach Satz 1 nicht in genügendem Ausmaß zur Verfügung stehen. Der Beisitzer muss mindestens die einen her-

kömmlichen Diplomstudiengang, Magisterstudiengang oder einen Studiengang nach dieser Ordnung mit Katholischer Theologie als Haupt- bzw. Magisterfach abschließende oder eine gleichwertige Prüfung abgelegt haben.

(2) Prüfer und ggf. Beisitzer für mündliche Prüfungsleistungen bestellt das Prüfungsamt.

(3) Für Prüfer sowie Beisitzer gilt § 9 Abs. 6 entsprechend.

(4) Schriftliche und mündliche Leistungsnachweise sind in der Regel von demjenigen Mitglied des Lehrkörpers zu bewerten, welches die Lehrveranstaltung durchgeführt hat. Im Verhinderungsfall bestellt das Prüfungsamt ein anderes prüfungsberechtigtes Mitglied des Fachs, das am Lehrprogramm des Studiengangs beteiligt ist.

§ 11 Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen für alle studienbegleitenden Prüfungen

(1) Zu studienbegleitenden Prüfungen kann nur zugelassen werden, wer an der Universität Tübingen im Studiengang *Magister/Magistra Theologiae* eingeschrieben ist und seinen Prüfungsanspruch in diesem Studiengang nicht endgültig verloren hat (vgl. § 16 Absatz 3).

(2) Für die einzelnen studienbegleitenden mündlichen Prüfungen und Klausurarbeiten (s. § 12 Abs. 1) muss sich jeder/jede Studierende innerhalb einer vom Prüfungsamt festzusetzenden Ausschlussfrist per Online-Verfahren oder schriftlich beim Prüfungsamt anmelden. Hierbei sind die gegebenenfalls notwendigen Voraussetzungen nachzuweisen. Erfüllt die/der Studierende diese Voraussetzungen nicht, wird ihr/ihm schriftlich mitgeteilt, dass sie/er die Prüfung nicht ablegen kann. Die Mitteilung ist mit einer Begründung und einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

(3) Die Zulassung ist zu versagen, wenn

- die in Abs. 1 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind,
- die Unterlagen unvollständig sind und trotz Aufforderung nicht fristgemäß vervollständigt worden sind,
- die/der Studierende im Studiengang *Magister/Magistra Theologiae* oder einem vergleichbaren Studiengang einer anderen Fakultät eine Prüfung der Orientierungs- und Grundlagenphase endgültig nicht bestanden hat (vgl. § 15) und somit den Prüfungsanspruch verloren hat.

(4) Das Prüfungsamt gibt die Zugelassenen per Aushang bekannt; eine Ablehnung ist der/dem Studierenden schriftlich bekannt zu geben, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 12 Arten von Leistungsnachweisen und Prüfungsleistungen

(1) *Leistungsnachweise* (Referate, Hausarbeiten, Essays, Protokolle und sonstige schriftliche Arbeiten) werden studienbegleitend im Zusammenhang mit Grundkursen (Proseminaren) und Hauptseminaren erbracht. Im Zusammenhang mit Grundkursen kann ein Teil der Leistungsnachweise auch durch eine mündliche Prüfung erbracht werden. Hierbei soll der Prüfling nachweisen, dass er in begrenzter Zeit und mit vereinbarten Hilfsmitteln mit den Methoden seines Faches ein Problem erkennen und in einer strukturierten zusammenhängenden Darstellung Wege zu einer Lösung finden kann.

(2) *Prüfungsleistungen* werden studienbegleitend im Zusammenhang mit Vorlesungen und Kolloquien erbracht. Sie sind als

1. mündliche Prüfungen (siehe 12.1),
2. Klausurarbeiten (siehe 12.2),

durchzuführen, soweit nicht andere kontrollierte, nach gleichen Maßstäben bewertbare Prüfungsleistungen (z.B. Hausarbeiten) vorgesehen sind.

12.1 Mündliche Prüfungen

(1) In den mündlichen Prüfungen soll der Prüfling nachweisen, dass er die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes erkennt und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermag. Durch die mündlichen Prüfungen soll ferner festgestellt werden, ob der Prüfling über ein breites Grundlagenwissen verfügt. Darüber hinaus kann dem Prüfling Gelegenheit gegeben werden, als Gegenstand mündlicher Prüfungen eingegrenzte Themen (Spezialgebiete) zu benennen.

(2) Mündliche Prüfungsleistungen werden entweder in Gruppenprüfungen oder in Einzelprüfungen erbracht. Bei mündlichen Prüfungsleistungen im Orientierungs- und Grundlagenbereich bestellt das Prüfungsamt dasjenige Mitglied des Lehrkörpers, welches die Lehrveranstaltung durchgeführt hat. Im Verhinderungsfall bestellt das Prüfungsamt ein anderes prüfungsberechtigtes Mitglied des Fachs, das am Lehrprogramm des Master-Studiengangs beteiligt ist. Bei mündlichen Prüfungen im Vertiefungs- und Abschlussprüfungsgebiet bestellt das Prüfungsamt einen Prüfer sowie zusätzlich einen Beisitzer/eine Beisitzerin. Zur Beisitzerin/zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzt.

(3) Die wesentlichen Gegenstände und die Ergebnisse der mündlichen Prüfungen sind in einem Protokoll festzuhalten, das vom Prüfer und vom Beisitzer zu unterzeichnen ist. Das Ergebnis der mündlichen Prüfung wird vom jeweiligen Prüfer nach Anhörung des Beisitzers festgelegt und dem Kandidaten mitgeteilt.

(4) Studierende, die sich zu einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, können nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörer zugelassen werden, es sei denn, der Prüfling widerspricht. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung der Prüfungsergebnisse und die Bekanntgabe derselben an die Prüflinge.

12.2 Klausurarbeiten

(1) In Klausurarbeiten soll der Prüfling nachweisen, dass er in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln mit den Methoden seines Faches ein Problem erkennen und Wege zu einer Lösung finden kann. Dem Prüfling können mehrere Aufgaben gestellt werden, von denen er eine zur Bearbeitung auswählt.

(2) Für die Korrektur von Klausuren bestellt das Prüfungsamt dasjenige Mitglied des Lehrkörpers, welches die Lehrveranstaltung durchgeführt hat. Im Verhinderungsfall bestellt das Prüfungsamt ein anderes prüfungsberechtigtes Mitglied des Fachs, das am Lehrprogramm des Studiengangs beteiligt ist.

§ 13 Bewertung von Prüfungsleistungen

(1) Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüferinnen oder Prüfern festgesetzt. Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden :

1 = sehr gut	= eine hervorragende Leistung ;
2 = gut	= eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt ;
3 = befriedigend	= eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht ;

4 = ausreichend	= eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5 = nicht ausreichend	= eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Zur differenzierten Bewertung der Prüfungsleistungen können die Noten um den Wert von 0,3 angehoben oder gesenkt werden. Die Noten 0,7; 4,3; 4,7 und 5,3 werden nicht vergeben.

Sofern Prüfungsleistungen von mehreren Prüferinnen bzw. Prüfern unabhängig voneinander bewertet werden, ergibt sich die Note aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen; dabei gilt Absatz 2 Satz 2 entsprechend.

(2) Die Modulnote errechnet sich aus dem Durchschnitt der Noten für die einzelnen Leistungsnachweise und Prüfungsleistungen. Dabei wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

(3) Die Noten in den Modulen lauten :

Bei einem Durchschnitt bis 1,5	=	sehr gut,
bei einem Durchschnitt von 1,6 bis einschl. 2,5	=	gut,
bei einem Durchschnitt von 2,6 bis einschl. 3,5	=	befriedigend,
bei einem Durchschnitt von 3,6 bis einschl. 4,0	=	ausreichend,
bei einem Durchschnitt über 4,0	=	nicht ausreichend.

(4) Für die Umrechnung von Noten in ECTS-Grades bei Studien- und Prüfungsleistungen im Rahmen der Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Hochschulen wird die folgende Tabelle zugrunde gelegt:

bis 1,5	den Grad A	=	„excellent“
von 1,6 bis 2,0	den Grad B	=	„very good“
von 2,1 bis 3,0	den Grad C	=	„good“
von 3,1 bis 3,5	den Grad D	=	„satisfactory“
von 3,6 bis 4,0	den Grad E	=	„sufficient“
von 4,1 bis 5,0	den Grad F	=	„fail“.

(5) Für die Bildung der Gesamtnoten gelten die Absätze 2 und 3 entsprechend.

§ 14 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ bewertet, wenn der Prüfling zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn er nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird. Die Abmeldung von einer schriftlichen Prüfung ohne Angabe von Gründen ist bis zur Ausgabe der Prüfungsaufgaben möglich. Bei mündlichen Prüfungen muss der Rücktritt spätestens drei Werktage vor dem betreffenden Prüfungstermin erklärt werden.

(2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsamt unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit des Prüflings oder eines von ihm allein zu versorgenden Kindes kann die Vorlage eines ärztlichen Attestes verlangt werden. Werden die Gründe anerkannt, so wird ein neuer Termin anberaumt. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen. Wenn ein Prüfling durch Vorlage eines ärztlichen Attestes glaubhaft machen kann, dass er wegen länger andauernder oder ständiger gesundheitlicher Beschwerden nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, so gestattet ihm die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsamtes, die Prüfungs-

leistungen innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Entsprechendes gilt für Studienleistungen.

(3) Versucht ein Prüfling, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Verwendung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ bewertet. Ein Prüfling, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von der jeweiligen Prüferin bzw. dem jeweiligen Prüfer oder von der Aufsicht führenden Person von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ bewertet. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss den Prüfling von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.

(4) Im Zusammenhang mit allen schriftlichen Leistungsnachweisen und Prüfungsleistungen sowie der Magisterarbeit (vgl. § 27) ist folgende „Antiplagiats-Erklärung“ abzugeben:

„Mir ist bekannt, dass ich alle schriftlichen Arbeiten, die ich im Verlauf meines Studiums als Studien- oder Prüfungsleistung einreiche, selbstständig verfassen muss. Das heißt: Zitate sowie der Gebrauch von fremden Quellen und Hilfsmitteln müssen nach den Regeln wissenschaftlicher Dokumentation von mir eindeutig gekennzeichnet werden. Ich darf fremde Texte oder Textpassagen (auch aus dem Internet) nicht als meine eigenen ausgeben. Verstoße ich gegen diese Grundregeln wissenschaftlichen Arbeitens, gilt dies als Täuschungs- und Betrugsversuch und zieht entsprechende Konsequenzen nach sich. Im mindesten Fall wird die Leistung mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Bei Leistungsnachweisen kann die Wiederholung der gesamten Lehrveranstaltung verlangt werden. Im Wiederholungsfall ist der Ausschluss vom weiteren Studium möglich.

(5) Der Prüfling kann innerhalb einer Frist von vier Wochen verlangen, dass Entscheidungen nach Absatz 3 vom Prüfungsausschuss überprüft werden.

§ 15 Bestehen und Nichtbestehen von Leistungsnachweisen und Prüfungsleistungen

(1) Ein Leistungsnachweis oder eine Prüfungsleistung ist bestanden, wenn die Note mindestens „ausreichend“ (4,0) ist.

(2) Hat der Prüfling eine Prüfungsleistung nicht bestanden, so erteilt das Prüfungsamt ihm hierüber Bescheid mit einer Rechtsbehelfsbelehrung, die auch darüber Auskunft gibt, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang die Prüfung wiederholt werden kann. Wurde ein Leistungsnachweis nicht bestanden, verfährt der Bewerber analog.

(3) Hat ein Prüfling eine Prüfungsleistung oder einen Leistungsnachweis endgültig (s. § 16) nicht bestanden, wird ihm auf seinen Antrag gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise und der Exmatrikulationsbescheinigung vom Prüfungsamt eine Bescheinigung ausgestellt, welche die erbrachten Prüfungsleistungen und Leistungsnachweise und deren Noten sowie die zur Magisterprüfung noch fehlenden Prüfungsleistungen enthält und erkennen lässt, dass die Magisterprüfung nicht bestanden ist.

§ 16 Wiederholung von Leistungsnachweisen und Prüfungsleistungen

(1) Die verschiedenen Leistungsnachweise und Prüfungsleistungen können, wenn sie nicht bestanden sind oder als nicht bestanden gelten, einmal wiederholt werden. Die Wiederholung einer bestandenen Fachprüfung ist nicht zulässig. Bei einer Wiederholungsprüfung werden nur die Prüfungsleistungen wiederholt, die beim ersten Prüfungsversuch schlechter als mit „ausreichend“ (4,0) benotet wurden.

(2) Wiederholungsprüfungen sind spätestens im Rahmen der Prüfungstermine des jeweils folgenden Semesters abzulegen.

(3) Eine zweite Wiederholung desselben Leistungsnachweises oder derselben Prüfungs-

leistung ist nicht möglich. Nach der ersten Wiederholung von Prüfungsleistungen erlischt der Prüfungsanspruch.

§ 17 Fristen für das Ablegen der Prüfungen

(1) Auf Antrag einer Studierenden sind die Mutterschutzfristen, wie sie im jeweils gültigen Gesetz zum Schutz der erwerbstätigen Mutter (MuSchG) festgelegt sind, entsprechend zu berücksichtigen. Dem Antrag sind die erforderlichen Nachweise beizufügen. Die Mutterschutzfristen unterbrechen jede Frist nach dieser Prüfungsordnung; die Dauer des Mutterschutzes wird nicht in die Frist eingerechnet.

(2) Die Fristen des Erziehungsurlaubs sind nach Maßgabe des jeweils gültigen Gesetzes über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub (BERzGG) auf Antrag zu berücksichtigen. Die/der Studierende muss bis spätestens vier Wochen vor dem Zeitpunkt, von dem ab sie bzw. er den Erziehungsurlaub antreten will, dem Prüfungsausschuss unter Beifügung der erforderlichen Nachweise schriftlich mitteilen, für welchen Zeitraum oder für welche Zeiträume sie/er Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen will. Der Prüfungsausschuss hat zu prüfen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, die bei einer Arbeitnehmerin oder einem Arbeitnehmer einen Anspruch auf Erziehungsurlaub nach BERzGG auslösen würden, und teilt der/dem Studierenden das Ergebnis sowie ggf. die neu festgesetzten Prüfungsfristen unverzüglich mit. Die Bearbeitungsfrist der Master-Arbeit kann nicht durch Elternzeit unterbrochen werden. Die gestellte Arbeit gilt als nicht vergeben. Nach Ablauf des Erziehungsurlaubs erhält die/der Studierende ein neues Thema.

(3) Für Studierende, die mit einem Kind unter 3 Jahren, für das ihnen die Personensorge zusteht, im selben Haushalt leben und es überwiegend allein versorgen, können die Fristen für die verschiedenen Prüfungen um höchstens drei Semester verlängert werden. Die Berechtigung erlischt mit dem Ablauf des Semesters, in dem diese Voraussetzungen entfallen. Die Berechtigung erlischt spätestens mit Ablauf des Semesters, in dem das Kind sein 3. Lebensjahr vollendet hat. Der/ die Studierende hat die entsprechenden Nachweise zu führen; er/ sie ist verpflichtet, Änderungen in den Voraussetzungen unverzüglich mitzuteilen. Die Pflege von Angehörigen wird der Pflege eigener Kinder gleichgestellt.

(4) Für Studierende, die wegen länger andauernder Krankheit oder wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage sind, die Lehrveranstaltungen regelmäßig zu besuchen oder die erwarteten Studienleistungen zu erbringen, kann die Frist um höchstens drei Semester verlängert werden. Der/ die Studierende hat insbesondere ärztliche Atteste vorzulegen; die Universität kann in Zweifelsfällen die Vorlage eines Attestes eines von ihr benannten Arztes oder eines Amtsarztes verlangen. Über Fristverlängerungen entscheidet das Prüfungsamt auf schriftlichen Antrag.

(5) Eine Tätigkeit als gewähltes Mitglied in gesetzlich vorgesehenen Gremien oder satzungsmäßigen Organen der Hochschule oder des Studentenwerks während mindestens eines Jahres kann bis zu einem Studienjahr bei der Berechnung der Prüfungsfristen unberücksichtigt bleiben; die Entscheidung darüber trifft der Vorsitzende des Prüfungsausschusses.

§ 18 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen eines in Deutschland absolvierten Studienganges *Magister/Magistra theologiae* oder eines verwandten Studienganges an einer Universität oder einer gleichgestellten Hochschule werden ohne Gleichwertigkeitsprüfung angerechnet.

(2) Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen in einem herkömmlichen Magisterstudiengang oder in anderen Studiengängen werden angerechnet, soweit sie

gleichwertig sind. Gleichwertigkeit ist gegeben, wenn Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen den des durch diese Ordnung geregelten Studienganges im Wesentlichen entsprechen. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. Bei der Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die außerhalb Deutschlands erbracht wurden, sind die von Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten.

(3) Für Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend; Absatz 2 gilt außerdem auch für Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen an anderen Bildungseinrichtungen, insbesondere an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien und Fachhochschulen.

(4) Fachbezogene berufspraktische Tätigkeiten werden angerechnet.

(5) Werden Studien- und Prüfungsleistungen anerkannt, sind die Noten zu übernehmen, soweit die Notensysteme vergleichbar sind, und nach dem in § 13 angegebenen Bewertungsschlüssel in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei nicht vergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. Eine Kennzeichnung der Anrechnung im Zeugnis ist zulässig.

(6) Bei Vorliegen der Voraussetzungen von Absatz 1 bis 4 besteht ein Rechtsanspruch auf Anrechnung. Die Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die in Deutschland erbracht wurden, erfolgt von Amts wegen. Der Prüfling hat die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Im Übrigen entscheidet der Prüfungsausschuss nach Anhörung des Studiendekans.

§ 19 Ungültigkeit einer Prüfung

(1) Hat der Prüfling bei einer Prüfungsleistung getäuscht (s. § 14) und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, kann die Note der Prüfungsleistung, bei deren Erbringung der Prüfling getäuscht hat, berichtigt werden. Gegebenenfalls kann die Fachprüfung für „nicht ausreichend“ und die Magisterprüfung für „nicht bestanden“ erklärt werden.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der Prüfling hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat der Prüfling die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so kann die Fachprüfung für „nicht ausreichend“ und die Magisterprüfung für „nicht bestanden“ erklärt werden.

(3) Dem Prüfling ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. Mit dem unrichtigen Zeugnis ist auch die Magisterurkunde einzuziehen, wenn die Prüfung aufgrund einer Täuschungshandlung nach Absatz 1 für „nicht bestanden“ erklärt wurde. Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren, gerechnet vom Datum des Prüfungszeugnisses, ausgeschlossen.

§ 20 Einsicht in die Prüfungsakten

(1) Innerhalb eines Jahres nach Abschluss eines Prüfungsverfahrens wird dem Prüfling auf Antrag in angemessener Frist Einsicht in seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten der Prüfer und in die Prüfungsprotokolle gewährt.

(2) Ein entsprechender Antrag ist schriftlich bei dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen.

III. Die Orientierungsprüfung

§ 21 Durchführung, Art und Umfang der Orientierungsprüfung

(1) In der Orientierungsprüfung hat die/der Studierende nachzuweisen, dass sie/er sich in der Orientierungsphase die für den Studiengang grundlegenden Kenntnisse und Fähigkeiten angeeignet hat und somit für den Studiengang grundsätzlich geeignet ist.

(2) Die Orientierungsprüfung wird studienbegleitend durchgeführt. Sie ist bestanden, wenn die in der Orientierungsphase zu erbringenden Prüfungsleistungen erfolgreich absolviert wurden.

§ 22 Zeitpunkt und Fristen

(1) Die für die Orientierungsprüfung erforderlichen Studien- und Prüfungsleistungen sind bis zum Ende des zweiten Fachsemesters zu erbringen. Werden sie nicht bis spätestens zum Ende des dritten Fachsemesters erbracht, so erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, der/die Studierende hat die Überschreitung der Frist nicht zu vertreten. Hierüber entscheidet der Prüfungsausschuss auf Antrag der/des Studierenden.

(2) Für Studierende, welche die gemäß § 5 erforderlichen Sprachenkenntnisse studienbegleitend erwerben, verlängern sich die Fristen des Abs. 1 um ein Semester pro Sprache.

§ 23 Bescheinigung

Sind die für die Orientierungsprüfung erforderlichen Studien- und Prüfungsleistungen erfolgreich erbracht, wird darüber unter dem Datum der letzten Studien- bzw. Prüfungsleistung eine Bescheinigung ausgestellt. Sie ist mit dem Dienstsiegel der Fakultät zu versehen und vom Studiendekan zu unterzeichnen.

IV. Prüfungen der Grundlagenphase

§24 Durchführung, Art und Umfang der Prüfung

1. In den Prüfungen der Grundlagenphase weist die/der Studierende nach, dass sie/er breite Grundkenntnisse sowie ein spezifisches Problembewußtsein in allen Disziplinen der Katholischen Theologie erworben hat.
2. Die Prüfungen der Grundlagenphase werden studienbegleitend durchgeführt. Die Grundlagenphase ist erfolgreich abgeschlossen, wenn sämtliche Prüfungen innerhalb der Module bestanden sind, sofern diese nicht mit der Vertiefungs- und Abschlussprüfung verbunden werden.

§ 25 Zeitpunkt und Fristen

(1) Die für die Prüfung der Grundlagenphase erforderlichen Studien- und Prüfungsleistungen sind i.d.R. bis zum Beginn des 7. Fachsemesters zu erbringen. Über eine Verlängerung der Frist entscheidet der Prüfungsausschuss auf Antrag der/des Studierenden.

(2) Für Studierende, welche die gemäß § 5 erforderlichen Sprachenkenntnisse studienbegleitend erwerben, verlängert sich die Frist um ein Semester pro Sprache.

§ 26 Bescheinigung

Sind die für die Prüfung der Grundlagenphase erforderlichen Studien- und Prüfungsleistungen erfolgreich erbracht, wird darüber unter dem Datum der letzten Studien- bzw. Prüfungsleistung eine Bescheinigung ausgestellt. Sie ist mit dem Dienstsiegel der Fakultät zu versehen und vom Studiendekan zu unterzeichnen.

V. Vertiefungsphase und Abschlussprüfung

§ 27 Voraussetzungen für die Zulassung zur Magisterprüfung und Durchführung der Prüfung

Neben den allgemeinen Bestimmungen gelten folgende Zusatzvorschriften:
Zur Magisterprüfung kann nur zugelassen werden, wer

1. die Grundlagenphase gemäß § 24 (2) erfolgreich abgeschlossen hat und die in § 26 genannte Bescheinigung vorlegt
2. oder diese fachlichen Zulassungsvoraussetzungen in einem äquivalenten Studiengang oder durch äquivalente Studien- und Prüfungsleistungen erfüllt hat.

§ 28 Zulassungsverfahren, Fristen

(1) Der Antrag auf Zulassung zur Magisterprüfung (Meldung) ist schriftlich beim Prüfungsamt zu stellen. In ihm ist das Fach der Schwerpunktprüfung anzugeben. Dem Antrag sind beizufügen:

1. das Studienbuch oder die an seine Stelle getretenen Unterlagen,
2. die Nachweise über das Vorliegen der in § 24 (2) genannten Voraussetzungen,
3. eine Erklärung darüber, dass der Prüfling nicht endgültig den Prüfungsanspruch im Studiengang *Magister/Magistra theologiae* verloren hat und dass er sich nicht in einem anderen Prüfungsverfahren in demselben Studiengang befindet. Fehlversuche an anderen Universitäten oder gleichgestellten Hochschulen im Geltungsbereich des HRG werden auf den Prüfungsanspruch angerechnet und sind anzugeben.

(2) Ist es dem Prüfling nicht möglich, eine nach Absatz 1 erforderliche Unterlage in der vorgeschriebenen Weise beizufügen, kann das Prüfungsamt im Einzelfall gestatten, den Nachweis auf andere Art zu führen.

§ 29 Durchführung, Art und Umfang der Magisterprüfung, Fristen

(1) Prüfungsleistungen sind die Prüfungsleistungen der Vertiefungsphase und die Magisterarbeit.

(2) Mit den Leistungen in der Magisterprüfung dieser Ordnung soll der Prüfling zeigen, dass er die theologische Fachsprache sicher beherrscht und über ein vertieftes theologisches und methodologisches Grundwissen verfügt. Er soll mit zentralen Problemstellungen des Faches Katholische Theologie vertraut sein und sich einen Überblick über die Methoden des Faches verschafft haben.

(3) Mit der Zulassung zur Magisterprüfung ab dem Beginn der Vertiefungsphase kann jederzeit die Ausgabe des Themas der Magisterarbeit beantragt werden. Zwischen der Ausgabe des Themas und der fristgerechten Abgabe der Magisterarbeit stehen sechs Monate Bearbeitungszeit zur Verfügung.

§ 30 Magisterarbeit

(1) Die schriftliche Prüfungsarbeit (Magisterarbeit) soll zeigen, dass der Prüfling in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine anspruchsvolle theologische Fragestellung selbständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten und die Ergebnisse sachgerecht darzustellen. Für die Magisterarbeit stehen 30 ECTS zur Verfügung.

(2) Jede nach § 10 Abs. 2 Satz 1 im Fach Katholische Theologie prüfungsberechtigte Person ist berechtigt, das Thema der Magisterarbeit zu stellen und die Magisterarbeit zu betreuen. Dem Prüfling ist Gelegenheit zu geben, Vorschläge für das Thema seiner Magisterarbeit zu machen.

(3) Die Ausgabe des Themas der Magisterarbeit erfolgt über das Prüfungsamt. Thema und Zeitpunkt sind aktenkundig zu machen. Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb der ersten zwei Monate der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden.

(4) Die Magisterarbeit kann vom Betreuer/von der Betreuerin auch in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des einzelnen Prüflings aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderungen nach Absatz 1 erfüllt.

(5) Die Bearbeitungsfrist für die Magisterarbeit beträgt sechs Monate. Art und Umfang der Aufgabenstellung sind vom Betreuer/von der Betreuerin so zu begrenzen, dass die zur Bearbeitung vorgesehene Frist eingehalten werden kann. Die Bearbeitungszeit kann auf Antrag des Prüflings aus Gründen, die dieser nicht zu vertreten hat, vom Prüfungsamt um insgesamt höchstens sechs Wochen verlängert werden.

(6) Die Magisterarbeit ist grundsätzlich in deutscher Sprache abzufassen. Das Prüfungsamt kann auf Antrag des Prüflings nach Anhörung des Betreuers die Anfertigung der Magisterarbeit auch in einer anderen Sprache zulassen. In diesem Fall muss die Arbeit als Anhang eine Zusammenfassung in deutscher Sprache enthalten. Die Magisterarbeit kann neben einem ausgedruckten Text auch multimediale Teile auf elektronischen Datenträgern enthalten, sofern die Themenstellung dies erfordert.

(7) Innerhalb der Bearbeitungsfrist nach Absatz 5 ist die fertige Magisterarbeit in drei gebundenen Exemplaren beim Prüfungsamt abzugeben. Der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Bei der Abgabe hat der Prüfling eine schriftliche „Antiplagiats-Erklärung“ (s. § 14 Abs. 4) abzugeben und überdies schriftlich zu versichern,

1. dass er bei einer Gruppenarbeit seinen entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit selbständig verfasst hat,
2. dass die eingereichte Arbeit weder vollständig noch in wesentlichen Teilen Gegenstand eines anderen Prüfungsverfahrens gewesen ist.

(8) Die Magisterarbeit wird von zwei Prüfern bewertet. Unter diesen soll der Betreuer der Magisterarbeit sein. Sie bewerten die Magisterarbeit unabhängig voneinander mit einer der in § 13 Abs. 1 genannten Noten. Weichen diese Bewertungen um weniger als zwei Notenstufen voneinander ab, ergibt sich die Note der Magisterarbeit aus dem Durchschnitt der beiden Einzelbewertungen. Weichen die Einzelbewertungen um zwei oder mehr Notenstufen voneinander ab oder lautet eine von ihnen „nicht ausreichend“, holt der/die Vorsitzende des Prüfungsausschusses die Bewertung eines weiteren Prüfers ein. In diesem Fall ergibt sich die Note der Magisterarbeit aus dem Durchschnitt der drei Einzelbewertungen. Die Prüfer bewerten die Magisterarbeit innerhalb von sechs Wochen. Ein erweitertes Bewertungsverfahren ist spätestens nach weiteren sechs Wochen endgültig abzuschließen.

(9) Die Magisterarbeit kann bei einer Benotung mit „nicht ausreichend“ einmal wiederholt

werden. Hierbei ist ein neues Thema auszugeben. Eine zweite Wiederholung ist ausgeschlossen. Im Wiederholungsfall ist eine Rückgabe des Themas der Magisterarbeit innerhalb der in Absatz 2 genannten Frist jedoch nur dann zulässig, wenn der Prüfling bei der Anfertigung seiner ersten Magisterarbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat.

§ 31 Bildung der Gesamtnote und Zeugnis

(1) In die Bildung der Gesamtnote gehen ein:

- die Fachnoten: a) die Fachnoten (§ 6) der Orientierungs- und Grundlagenphase
b) die Fachnoten (§ 6) der Abschlussprüfung (incl. Vertiefungsphase)
- die Seminarnote: a) die Seminarnote der Grundkurse und der Hauptseminare der Orientierungs- und Grundlagenphase
b) die Seminarnote der Hauptseminare der Vertiefungsphase die Magisterarbeit.

(2) Die Fachnoten a) der Orientierungs- und Grundlagenphase werden gebildet aus den Prüfungsleistungen (vgl. § 12 [2]) der Module M 01 – M 12.

Die Fachnoten b) der Abschlussprüfung (incl. Vertiefungsphase) werden gebildet aus den Prüfungsleistungen (vgl. § 12 [2]) der Module M 14 – M 16.

Aus allen in einem Fach (§ 6) erzielten Noten wird ein arithmetischer Durchschnitt (zweistellig nach Komma) gebildet. Dabei werden Noten der Orientierungs- und Grundlagenphase zu 40%, Noten der Abschlussprüfung (incl. Vertiefungsphase) zu 60% angerechnet.

Für die Bezifferung der so ermittelten Noten gilt § 13 (3) analog. Die Fachnoten werden auf dem Magister-Zeugnis einzeln ausgewiesen.

(3) Die Seminarnote a) der Grundkurse und der Hauptseminare der Orientierungs- und Grundlagenphase wird gebildet aus den Leistungsnachweisen (vgl. § 12 [1]) der Module M 01 – M 12.

Die Seminarnote b) der Hauptseminare der Vertiefungsphase wird gebildet aus den Leistungsnachweisen (vgl. § 12 [1]) der Module M 14 – M 17.

Aus allen erzielten Noten wird ein arithmetischer Durchschnitt (zweistellig nach Komma) gebildet. Dabei werden Noten der Orientierungs- und Grundlagenphase zu 40%, Noten der Abschlussprüfung (incl. Vertiefungsphase) zu 60% angerechnet. Für die daraus resultierende Bezifferung der Seminarnote gilt § 13 (3) analog. Die Seminarnote wird auf dem Magister-Zeugnis insgesamt ausgewiesen.

(4) Die Note der Magisterarbeit ergibt sich aus § 30 (8).

(5) In die Gesamtnote gehen ein:

- a) die Fachnoten: Die nach (2) berechneten Fachnoten werden gewichtet nach dem ECTS-Anteil der Einzelfächer*. Das aus den Fachnoten entsprechend berechnete arithmetische Mittel (zweistellig nach Komma) geht zu 75% in die Gesamtnote ein.
- b) die Seminarnote: Die nach (3) berechnete Seminarnote geht zu 15% in die Gesamtnote ein.
- c) Die Magisterarbeit geht zu 10% in die Gesamtnote ein.

(6) Wer die Magisterprüfung bestanden hat, erhält ein Zeugnis. In das Zeugnis werden

* Altes Testament 7%, Neues Testament 8%, Einleitung in das Alte und Neue Testament unter Einbeziehung der frühjüdischen Literatur 6%, Alte Kirchengeschichte, Patrologie und Christliche Archäologie 6%, Mittlere und Neuere Kirchengeschichte 6%, Liturgiewissenschaft 5%, Philosophische Grundfragen der Theologie 10%, Fundamentaltheologie 7%, Dogmatik 6%, Dogmatische Theologie, Dogmengeschichte und Ökumenische Theologie 6%, Theologische Ethik / Moraltheologie 6%, Theologische Ethik unter besonderer Berücksichtigung der Gesellschaftswissenschaften 6%, Kirchenrecht 6%, Praktische Theologie 6%, Religionspädagogik 7%.

neben der Gesamtnote die Noten der schriftlichen/mündlichen Magisterprüfung sowie das Thema und die Note der Magisterarbeit eingetragen. Das Zeugnis wird von dem/der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses sowie vom Dekan/von der Dekanin der Katholisch-Theologischen Fakultät unterzeichnet. Es trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist.

(7) Die Hochschule stellt ein Diploma Supplement (DS) entsprechend dem „Diploma Supplement Modell“ von Europäischer Union/Europarat/Unesco aus, welches das Profil des Studiengangs darstellt. Auf Antrag des Prüflings wird auch eine Übersetzung des Zeugnisses in englischer Sprache ausgehändigt.

§ 32 Hochschulgrad und Magisterurkunde

(1) Aufgrund der bestandenen Magisterprüfung wird der Hochschulgrad eines „Magister theologiae“ bzw. einer „Magistra theologiae“ (abgekürzt: *Mag.theol.*) verliehen.

(2) Gleichzeitig mit dem Zeugnis der Magisterprüfung erhält der Prüfling eine Magisterurkunde mit dem Datum des Zeugnisses. Darin wird die Verleihung des Magistergrades beurkundet. Auf Antrag wird auch eine englische Übersetzung der Urkunde ausgehändigt.

(3) Die Magisterurkunde wird von der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und vom Dekan unterzeichnet und mit dem Siegel der Universität Tübingen versehen.

VI. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 33 Inkrafttreten

Diese Ordnung tritt zum 1.10.2010 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Ordnung der Universität Tübingen für die Diplomprüfung in Katholischer Theologie vom 1.10.1995 außer Kraft.

§ 34 Übergangsregelung

Studierende, die ihr Studium vor Inkrafttreten dieser Ordnung begonnen haben, können noch innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten dieser Ordnung auf Wunsch nach den Bestimmungen der bisher geltenden Ordnung die Vorprüfung und die Diplomprüfung ablegen. Dabei werden bis zu zwei Sprachsemester nicht angerechnet.

Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen an der Universität Tübingen, die im Rahmen eines herkömmlichen Magister-, Diplom-, oder Lehramtsstudiengangs im Fach Katholische Theologie erbracht wurden, werden innerhalb dieser Übergangsfrist ohne Gleichwertigkeitsprüfung angerechnet.

Tübingen, den 23. August 2010

Professor Dr. Bernd Engler
Rektor

**Prüfungs- und Studienordnung der Universität Tübingen für die Studiengänge
der Fakultät für Biologie mit akademischer Abschlussprüfung
Bachelor of Science (B.Sc.) und Master of Science (M.Sc.)**

Inhaltsverzeichnis

A. Allgemeiner Teil

- I. Allgemeine Bestimmungen
- II. Orientierungsprüfung
- III. Zwischenprüfung
- IV. Bachelorprüfung
- V. Masterprüfung
- VI. Übergangs- und Schlussbestimmungen
- B.1 – Besonderer Teil
- B.2 – Besonderer Teil

A. Allgemeiner Teil

Aufgrund von § 19 Abs. 1 Ziff. 9, § 34 Abs. 1 LHG in der Fassung vom 1.1.2005, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Verbesserung des Hochschulzugangs beruflich Qualifizierter und der Hochschulzulassung vom 15. Juni 2010, hat der Rektor mit Eilentscheidung vom 20. August 2010 den nachstehenden Allgemeinen Teil der Prüfungs- und Studienordnung für die Studiengänge der Fakultät für Biologie mit akademischer Abschlussprüfung Bachelor of Science (B.Sc.) und Master of Science (M.Sc.) beschlossen.

Inhaltsübersicht des Allgemeinen Teils

A. Allgemeiner Teil

I. Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Struktur der Studiengänge
- § 2 Studiengänge
- § 3 Studienaufbau, Regelstudienzeit, Module, Leistungspunkte (LP)
- § 4 Zugang zu Modulen und Lehrveranstaltungen
- § 5 Zweck der Prüfungen
- § 6 Prüfungsausschuss
- § 7 Prüfer
- § 8 Fristen für das Ablegen der Prüfungen
- § 9 Zulassungsverfahren und Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen für alle Prüfungen
- § 10 Aufbau der Prüfungen, Arten der Prüfungsleistungen, Prüfungsorganisation
- § 11 Studienbegleitende mündliche Prüfungsleistungen
- § 12 Studienbegleitende schriftliche Prüfungsleistungen
- § 13 Bewertung der Prüfungsleistungen
- § 14 Bestehen und Nichtbestehen
- § 15 Wiederholung von Prüfungsleistungen
- § 16 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 17 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen
- § 18 Ungültigkeit von Prüfungen
- § 19 Einsicht in die Prüfungsakten

II. Orientierungsprüfung

- § 20 Voraussetzungen für die Zulassung zur Orientierungsprüfung

§ 21 Durchführung, Art und Umfang der Orientierungsprüfung

III. Zwischenprüfung

§ 22 Voraussetzungen für die Zulassung zur Zwischenprüfung

§ 23 Durchführung, Art und Umfang der Zwischenprüfung

IV. Bachelorprüfung

§ 24 Voraussetzungen für die Zulassung zur Bachelorprüfung

§ 25 Durchführung, Art und Umfang der Bachelorprüfung

§ 26 Bachelorarbeit

§ 27 Zeugnis der Bachelorprüfung

§ 28 Hochschulgrad und Bachelorurkunde

V. Masterprüfung

§ 29 Voraussetzungen für die Zulassung zur Masterprüfung

§ 30 Durchführung, Art und Umfang der Masterprüfung

§ 31 Masterarbeit

§ 32 Zeugnis der Masterprüfung

§ 33 Hochschulgrad und Masterurkunde

VI: Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 34 Inkrafttreten

§ 35 Übergangsregelung

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Struktur der Studiengänge

(1) ¹Das Studium an der Fakultät für Biologie der Universität Tübingen gliedert sich in ein Bachelorstudium und in ein Masterstudium. ²Mit Bestehen der Bachelorprüfung wird ein erster Hochschulabschluss, mit Bestehen der Masterprüfung ein weiterer Hochschulabschluss erworben.

(2) ¹Auf Grund der bestandenen Bachelorprüfung wird der akademische Grad eines „Bachelor of Science“ („B.Sc.“) und auf Grund der bestandenen Masterprüfung der akademische Grad eines „Master of Science“ („M.Sc.“) verliehen.

(3) ¹Im Bachelorstudium wird ein B.Sc.-Studiengang nach § 2 studiert.

(4) ¹Im Masterstudium wird ein M.Sc.-Studiengang nach § 2 studiert. ²Voraussetzung für das Studium in einem M.Sc.-Studiengang ist der Abschluss eines B.Sc.-Studiengangs oder ein gleichwertiger Abschluss.

§ 2 Studiengänge

¹An der Fakultät für Biologie ist das Studium und der Abschluss folgender B.Sc.- bzw. M.Sc.-Studiengänge als konsekutive Studiengänge möglich:

- Bachelor of Science in Biologie
- Master of Science in Biologie

**Alle Amts-, Status-, Funktions- und Berufsbezeichnungen in dieser Ordnung betreffen gleichermaßen Frauen und Männer.*

§ 3 Studienaufbau, Regelstudienzeit, Module, Leistungspunkte (LP)

(1) ¹Die Regelstudienzeit beträgt:

- sechs Semester im B.Sc.-Studiengang
- vier Semester in dem M.Sc.-Studiengang nach dieser Ordnung.

²Das konsekutive Studium von B.Sc.-Studiengang und M.Sc.-Studiengang nach dieser Ordnung hat eine Regelstudienzeit von zehn Semestern. ³Das erste Studienjahr wird mit der Orientierungsprüfung abgeschlossen, das zweite Studienjahr mit der Zwischenprüfung. ⁴Im letzten Semester des B.Sc.-Studiengangs ist der Abschluss der Bachelorarbeit, im letzten Semester des M.Sc.-Studiengangs der Abschluss der Masterarbeit vorgesehen.

(2) ¹Das Studium nach dieser Ordnung ist in allen Abschnitten modular aufgebaut. ²Ein Modul bezeichnet einen Verbund von thematisch und zeitlich aufeinander abgestimmten Lehrveranstaltungen, die entsprechend dem für eine erfolgreiche Teilnahme erforderlichen Zeitaufwand mit einer bestimmten Zahl von Leistungspunkten verbunden sind. ³Die Module bis zur Zwischenprüfung werden als Grundmodule, die Module im 5. und 6. Semester des B.Sc.-Studiengangs und des gesamten Masterstudiengangs werden als Schwerpunktmodule bezeichnet. ⁴Der Bachelorarbeit geht ein vorbereitendes Projektmodul voran. ⁵Die Lehrveranstaltungen zu einem Modul finden in der Regel im selben Semester statt.

(3) Leistungspunkte werden für die erfolgreiche Teilnahme an Studien- und Prüfungsleistungen vergeben. ²Für die Module bis zur Zwischenprüfung werden insgesamt 120 Leistungspunkte vergeben. ³Die Leistungspunkte für bestandene Schwerpunktmodule eines Studiengangs nach dieser Ordnung werden in den Besonderen Teilen dieser Ordnung geregelt. ⁴Die Maßstäbe für die Zuordnung von Leistungspunkten entsprechen dem ECTS (*European Credit Transfer System*). ⁵Die Arbeitsbelastung für die Studierenden beträgt 25 bis 30 Arbeitsstunden pro Leistungspunkt und der gesamte Arbeitsaufwand des Studierenden entspricht pro Semester 30 Leistungspunkten. ⁶Die Verteilung der Leistungspunkte auf die einzelnen Module im Pflicht-, Wahlpflicht- und Wahlbereich ergibt sich aus den Besonderen Teilen dieser Ordnung.

(4) ¹Zum erfolgreichen Abschluss des sechsemestrigen B.Sc.-Studiengangs sind 180 Leistungspunkte zu erwerben. ²Zum erfolgreichen Abschluss eines viersemestrigen M.Sc.-Studiengangs sind 120 Leistungspunkte zu erwerben. ³Insgesamt ist der Erwerb von bis zu 30 Leistungspunkten über die nach dieser Ordnung für den jeweiligen Studiengang vorgeschriebenen Leistungspunkte hinaus zulässig; darüber hinaus können keine weiteren Leistungspunkte erworben werden. ⁴Zusätzliche Leistungspunkte werden dem Leistungspunktekonto des Studierenden hinzugezählt und in der *Leistungsübersicht* (vgl. § 27 Abs. 2 und § 32 Abs. 2) aufgeführt. ⁵Die Ergebnisse aus diesen zusätzlichen Leistungspunkten gehen nicht in die Berechnung der Modul- und der Gesamtnoten ein. ⁶Alle Prüfungen dieser Ordnung können vor Ablauf einer für die Meldung festgesetzten Frist abgelegt werden, sofern die für die Zulassung zur Prüfung erforderlichen Leistungen nachgewiesen sind.

§ 4 Zugang zu Modulen und Lehrveranstaltungen

¹Das Recht zur Teilnahme an bestimmten Modulen oder der Zugang zu einem Studienabschnitt kann von dem Erbringen bestimmter Studienleistungen oder dem Bestehen einer Prüfung abhängig gemacht werden, wenn dies zur ordnungsgemäßen Durchführung des Studiums in der Lehrveranstaltung oder dem Studienabschnitt geboten ist. ²Entsprechende Regelungen sind in den Besonderen Teilen dieser Ordnung festgelegt.

§ 5 Zweck der Prüfungen

(1) ¹Mit der Orientierungsprüfung sollen die Studierenden nachweisen, dass sie den Anforderungen an ein wissenschaftliches Studium in dem von ihnen gewählten Studiengang gewachsen sind und dass sie insbesondere die fachlichen und methodischen Fertigkeiten erworben haben, die erforderlich sind, um das Studium mit Erfolg fortsetzen zu können.

(2) ¹Mit der Zwischenprüfung sollen die Studierenden nachweisen, dass sie das Ziel des zweiten Studienjahres erreicht haben und damit in dem studierten Studiengang die inhaltlichen Grundlagen der Biologie, das methodische Instrumentarium und die systematische Orientierung erworben haben, die erforderlich sind, um den B.Sc.-Studiengang erfolgreich abschließen zu können.

(3) ¹Die Bachelorprüfung ist der Regelabschluss und bildet den berufsqualifizierenden Abschluss des B.Sc.-Studiengangs. ²Mit der Bachelorprüfung weisen die Studierenden nach, dass sie in ihrem B.Sc.-Studiengang über ein breites wissenschaftlich fundiertes Grundwissen sowie über vertiefte Kenntnisse in den gewählten Schwerpunkten ihres Bachelorstudiums verfügen, dass sie das methodische Instrumentarium dieses Studienfachs in dem Maße beherrschen, das für die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse in verschiedenen Praxisfeldern notwendig ist, dass sie auf eine berufliche Tätigkeit in ihrem Fachgebiet vorbereitet sind.

(4) ¹Die Masterprüfung setzt ein zuvor abgeschlossenes erstes Hochschulstudium voraus und bildet den berufsqualifizierenden Abschluss des M.Sc.-Studiengangs. ²Mit der Masterprüfung weisen die Studierenden über das Ziel ihres B.Sc.-Studiengangs hinaus nach, dass sie im Bachelorstudium zuvor erworbene Kompetenzen erweitert haben, dass sie über vertiefte Kenntnisse in den gewählten Vertiefungsrichtungen ihres Masterstudiums verfügen, dass sie die Fähigkeit erworben haben, wissenschaftliche Fragestellungen aus ihrem Masterstudiengang mit den einschlägigen Methoden selbstständig zu bearbeiten und anzuwenden.

§ 6 Prüfungsausschuss

(1) ¹Für die Organisation der Prüfungen und alle anderen durch diese Ordnung zugewiesenen Aufgaben bildet die Fakultät für Biologie einen Prüfungsausschuss. ²Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, das ihn im Verhinderungsfall vertretende Mitglied, die weiteren Mitglieder sowie deren Stellvertreter werden vom Fakultätsrat der Fakultät für Biologie bestellt. ³Der Prüfungsausschuss setzt sich wie folgt zusammen:

1. drei Professoren, die hauptberuflich an der Fakultät Biologie tätig sind,
2. ein Mitglied des wissenschaftlichen Dienstes,
3. ein Mitglied der Studierenden (mit beratender Stimme).

⁴Den Vorsitz im Prüfungsausschuss kann, auch stellvertretend, nur ein Professor führen.

⁵Der Vorsitzende führt im Regelfall die Geschäfte des Prüfungsausschusses. ⁶Darüber hinaus kann der Ausschuss dem Vorsitzenden bestimmte Aufgaben widerruflich übertragen; dies gilt nicht für die Entscheidung über Widersprüche. ⁷Zur Erledigung der Geschäfte der laufenden Verwaltung steht dem Prüfungsausschuss das Prüfungsamt zur Verfügung.

(2) ¹Die Amtszeit der Mitglieder beträgt zwei Jahre, die des studentischen Mitglieds ein Jahr. ²Wiederwahl ist möglich. ³Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, wird ein Nachfolger für die restliche Amtszeit gewählt.

(3) ¹Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Ordnung eingehalten werden. ²Er berichtet der Fakultät regelmäßig über die Entwicklung der Prüfungs- und Studienzeiten einschließlich der Bearbeitungszeiten für die Bachelor- und

Masterarbeiten sowie über die Verteilung der Modul- und der Gesamtnoten. ³Der Prüfungsausschuss hat sicherzustellen, dass Leistungsnachweise und Prüfungsleistungen in den in dieser Ordnung festgelegten Zeiträumen abgelegt werden können. ⁴Zu diesem Zweck werden die Studierenden rechtzeitig über (i) Art und Zahl der zu erbringenden Leistungsnachweise, (ii) Art und Zahl der zu absolvierenden Prüfungsleistungen, (iii) die Termine, zu denen sie zu erbringen sind, und (iv) den Aus- und Abgabezeitpunkt der Bachelor- und Masterarbeit informiert.

(4) ¹Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei der Abnahme der Prüfungen zugegen zu sein.

(5) ¹Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nichtöffentlich. ²Mitglieder des Prüfungsausschusses und die sie vertretenden Personen unterliegen der Amtverschwiegenheit. ³Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, hat sie der Vorsitzende zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(6) ¹Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses oder seines Vorsitzenden sind dem Prüfling unverzüglich schriftlich mit Begründung unter Angabe der Rechtsgrundlage mitzuteilen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. ²Widersprüche gegen diese Entscheidungen sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung schriftlich an den Prüfungsausschuss zu richten. ³Hilft der Prüfungsausschuss dem Widerspruch nicht ab, so ist dieser dem für die Lehre zuständigen Mitglied des Vorstands zur Entscheidung vorzulegen.

§ 7 Prüfer

(1) ¹Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfer. ²Er kann die Bestellung dem Vorsitzenden übertragen. ³Dieser sorgt dafür, dass die Prüfer rechtzeitig bekannt gemacht werden.

(2) ¹Befugt zur Abnahme von Prüfungen, die nicht studienbegleitend in Verbindung mit einzelnen Lehrveranstaltungen durchgeführt werden, sowie zur Bewertung der Bachelorarbeit sind in der Regel die hauptberuflich bei der Fakultät Biologie tätigen Professoren, Privatdozenten sowie die akademischen Mitarbeiter, denen der Vorstand auf Grund langjähriger erfolgreicher Lehrtätigkeit die Prüfungsbefugnis übertragen hat. ²Sonstige Angehörige des wissenschaftlichen Dienstes, Lehrbeauftragte und Lehrkräfte für besondere Aufgaben können nur dann ausnahmsweise zu Prüfern bestellt werden, wenn Prüfer nach Satz 1 nicht in genügendem Ausmaß zur Verfügung stehen.

(3) ¹Soweit Prüfungsleistungen studienbegleitend im Rahmen von Lehrveranstaltungen erbracht werden, gelten § 11 Abs. 1 und § 12 Abs. 1.

(4) ¹Für die Prüfer gilt § 6 Abs. 5 entsprechend.

§ 8 Fristen für das Ablegen der Prüfungen

(1) ¹Die Orientierungsprüfung ist bis zum Ende des zweiten Semesters abzulegen. ²Ist die Orientierungsprüfung einschließlich etwaiger Wiederholungen nicht spätestens bis zum Ende des dritten Semesters abgeschlossen, so erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, dass der Prüfling die Fristüberschreitung nicht zu vertreten hat.

(2) ¹Die Zwischenprüfung ist bis zum Ende des vierten Semesters abzulegen. ²Ist die Zwischenprüfung einschließlich etwaiger Wiederholungen nicht spätestens bis zum Ende des sechsten Semesters abgeschlossen, so erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, dass der Prüfling die Fristüberschreitung nicht zu vertreten hat.

(3) ¹Die Bachelorprüfung ist – entsprechend der festgesetzten Regelstudienzeit – bis zum Ende des sechsten Semesters abzulegen. ²Ist die Bachelorprüfung einschließlich etwaiger Wiederholungen bis zum Ende des neunten Semesters nicht abgeschlossen, so erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, dass der Prüfling die Fristüberschreitung nicht zu vertreten hat.

(4) ¹Die Masterprüfung ist bis zum Ende des vierten Semesters des Masterstudiengangs abzulegen. ²Ist die Masterprüfung einschließlich etwaiger Wiederholungen bis zum Ende des siebten Semesters nicht abgeschlossen, so erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, dass der Prüfling die Fristüberschreitung nicht zu vertreten hat.

(5) ¹Für Studierende, die mit einem Kind unter drei Jahren, für das ihnen die Personensorge zusteht, im selben Haushalt leben und es überwiegend allein versorgen, können die Fristen für die einzelnen Prüfungsleistungen um bis zu drei Semester verlängert werden. ²Fristen für Wiederholungsprüfungen und die Orientierungsprüfung können um höchstens zwei Semester verlängert werden. ³Die Berechtigung erlischt mit dem Ablauf des Semesters, in dem diese Voraussetzungen entfallen. ⁴Die Berechtigung erlischt spätestens mit Ablauf des Semesters, in dem das Kind sein drittes Lebensjahr vollendet hat. ⁵Der Studierende hat die entsprechenden Nachweise zu führen; er ist verpflichtet, Änderungen in den Voraussetzungen unverzüglich mitzuteilen.

(6) ¹Für Studierende, die wegen länger andauernder Krankheit oder wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage sind, die Lehrveranstaltungen regelmäßig zu besuchen oder die erwarteten Studienleistungen zu erbringen, können die Fristen für die einzelnen Prüfungsleistungen um bis zu drei Semester verlängert werden. ²Fristen für Wiederholungsprüfungen und die Orientierungsprüfung können um höchstens zwei Semester verlängert werden. ³Der Studierende hat insbesondere ärztliche Atteste vorzulegen; die Universität kann in Zweifelsfällen die Vorlage eines Attestes eines von ihr benannten Arztes oder eines Amtsarztes verlangen. ⁴Über Fristverlängerungen entscheidet der Prüfungsausschuss auf schriftlichen Antrag. ⁵Die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Schutzfristen des Mutterschutzgesetzes sowie der Fristen für die Elternzeit nach Maßgabe der jeweils gültigen Fassung des Gesetzes über die Gewährung von Erziehungsgeld und Elternzeit ist gewährleistet. ⁶Der Prüfungsausschuss entscheidet auf Antrag über die Dauer der Fristverlängerung.

(7) ¹Eine Tätigkeit als gewähltes Mitglied in gesetzlich vorgesehenen Gremien oder satzungsmäßigen Organen der Hochschule oder des Studentenwerks während mindestens eines Jahres kann bis zu einem Studienjahr bei der Berechnung der Prüfungsfristen berücksichtigt werden; die Entscheidung darüber trifft der Fakultätsvorstand bzw. der Rektor.

§ 9 Zulassungsverfahren und Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen für alle Prüfungen

(1) ¹Zu den in § 5 aufgeführten Prüfungen wird zugelassen, wer

1. während des gesamten Studiums für diesen Studiengang zugelassen und immatrikuliert ist, unter Berücksichtigung von anrechenbaren, externen Studienleistungen nach § 17,
2. seinen Prüfungsanspruch für die jeweilige Prüfung nicht mit dem Überschreiten der Fristen nach § 8 verloren hat,
3. den Prüfungsanspruch nicht endgültig in einer Orientierungs-, Zwischen-, Bachelor- oder Masterprüfung eines B.Sc.- oder M.Sc.-Studiengangs nach dieser Ordnung oder eines im Wesentlichen gleichen Studiengangs verloren hat.

(2) ¹Ort, Zeit und Art der Prüfung werden in der vom Prüfungsausschuss festgelegten Form rechtzeitig bekannt gegeben. ²Die Anmeldung zu den Modulprüfungen erfolgt in der vom

Prüfungsausschuss festgelegten und bekanntgegebenen Form.

(3) ¹Sind Studienleistungen an anderen Institutionen erbracht worden, müssen sie durch entsprechende Unterlagen und Zeugnisse nachgewiesen werden. ²Zeugnisse und Unterlagen, die nicht in deutscher oder englischer Sprache ausgestellt worden sind, sind in beglaubigter deutscher oder englischer Übersetzung vorzulegen.

(4) ¹Die eingereichten Unterlagen verbleiben bis auf die Originale der Zeugnisse in den Prüfungsakten.

§ 10 Aufbau der Prüfungen, Arten der Prüfungsleistungen, Prüfungsorganisation

(1) ¹Die Masterprüfung setzt die Bachelorprüfung voraus; die Bachelorprüfung setzt die Zwischenprüfung voraus und diese die Orientierungsprüfung.

(2) ¹Prüfungsleistungen sind:

1. studienbegleitende mündliche Prüfungsleistungen (§ 11),
2. studienbegleitende schriftliche Prüfungsleistungen (§ 12),
3. die Bachelorarbeit (§ 26),
4. die Masterarbeit (§ 31),

soweit in den Besonderen Teilen dieser Ordnung nicht andere kontrollierte, nach gleichen Maßstäben bewertbare Prüfungsleistungen vorgesehen sind. ²Die Einzelheiten über Art, Umfang und Inhalt der Prüfungen ergeben sich aus den Bestimmungen für die Studiengänge in den Besonderen Teilen dieser Ordnung.

(3) ¹Mit Ausnahme der Bachelorarbeit und Masterarbeit werden Prüfungen studienbegleitend in Verbindung mit einzelnen Grundmodulen bis zur Zwischenprüfung bzw. Schwerpunktmodulen oder Projektmodulen bis zur Bachelor- oder Masterprüfung abgenommen.

(4) ¹Prüfungen werden an zwei Terminen je Semester und Modul – als Erstprüfung und als Wiederholungsprüfung – abgehalten. ²Prüfungstermine werden vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses im Einvernehmen mit den Prüfern festgesetzt. ³Regelmäßig findet die Prüfung (Erstprüfung) zeitlich unmittelbar nach Abschluss der Lehrveranstaltung statt, wobei zwischen der letzten Stoffvermittlung und der Klausur bzw. mündlichen Prüfung mindestens eine Woche liegen soll. ⁴Die Prüfungstermine der Wiederholungsprüfungen sind in § 15 Abs. 2 geregelt.

(5) ¹Die Anmeldung zu den Prüfungen erfolgt grundsätzlich zum Prüfungstermin der Erstprüfung direkt im Anschluss an die Lehrveranstaltungen des Moduls.

(6) ¹Macht ein Prüfling durch Vorlage eines ärztlichen Attestes glaubhaft, dass er wegen länger andauernder oder ständiger gesundheitlicher Beschwerden nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, so kann ihm der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gestatten, die Prüfungsleistungen innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. ²Entsprechendes gilt für Studienleistungen.

(7) Beurlaubte Studierende sind nicht berechtigt, an studienbegleitenden Prüfungsleistungen, die Teil einer Lehrveranstaltung sind, teilzunehmen. Ausgenommen sind Wiederholungsprüfungen, die ohne erneute Teilnahme an der Lehrveranstaltung absolviert werden.

§ 11 Studienbegleitende mündliche Prüfungsleistungen

(1) ¹Mündliche Prüfungsleistungen werden studienbegleitend in Verbindung mit einzelnen Modulen bzw. Teilmodulen abgenommen. ²Der Prüfungsausschuss bestellt eines derjenigen Mitglieder des Lehrkörpers zum Prüfer, welche die dem Modul bzw. Teilmodul zugrunde liegende Lehrveranstaltung durchgeführt haben. ³Im Verhinderungsfall bestellt der Prüfungsausschuss ein anderes prüfungsberechtigtes Mitglied, das am Lehrprogramm des B.Sc.- bzw. M.Sc.-Studiengangs beteiligt ist.

(2) ¹Als studienbegleitende mündliche Prüfungsleistungen kommen mündliche Prüfungen, Kolloquien, Referate und andere mündliche Prüfungsformen in Betracht. ²Einzelheiten werden von den Leitern der Lehrveranstaltungen zu Beginn derselben bekannt gegeben. ³Das Ergebnis einer mündlichen Prüfungsleistung wird dem Kandidaten mitgeteilt.

(3) ¹In mündlichen Prüfungen soll der Prüfling nachweisen, dass er die Zusammenhänge des Prüfungsgebiets erkennt und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermag. ²Die Dauer einer mündlichen Prüfung beträgt je Prüfling in der Regel zwischen 15 und 30 Minuten. ³Die wesentlichen Gegenstände und die Ergebnisse einer mündlichen Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten, das vom Prüfer zu unterzeichnen ist.

§ 12 Studienbegleitende schriftliche Prüfungsleistungen

(1) ¹Schriftliche Prüfungsleistungen werden studienbegleitend in Verbindung mit einzelnen Modulen abgenommen. ²Der Prüfungsausschuss bestellt eines derjenigen Mitglieder des Lehrkörpers zum Prüfer, welche die dem Modul zugrunde liegende Lehrveranstaltung durchgeführt haben. ³Im Verhinderungsfall bestellt der Prüfungsausschuss ein anderes prüfungsberechtigtes Mitglied, das am Lehrprogramm des B.Sc.- bzw. M.Sc.-Studiengangs beteiligt ist.

(2) ¹Als studienbegleitende schriftliche Prüfungsleistungen kommen Klausuren, Hausarbeiten, Niederschriften von Referaten und andere schriftliche Prüfungsformen in Betracht. ²Einzelheiten werden von den Leitern der Lehrveranstaltungen zu Beginn derselben bekannt gegeben.

(3) ¹In Klausurarbeiten und in sonstigen schriftlichen Arbeiten soll der Prüfling nachweisen, dass er in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln mit den Methoden seines Fachs ein Problem erkennen und Wege zu einer Lösung finden kann. ²Die Dauer einer Klausurarbeit beträgt in der Regel zwischen 60 und 180 Minuten. ³Dem Prüfling können mehrere Aufgaben gestellt werden, unter denen er auswählt. ⁴Innerhalb von acht Wochen nach Bekanntgabe der Bewertung ist dem Kandidaten Gelegenheit zur Einsicht in seine Klausurarbeit zu geben.

§ 13 Bewertung der Prüfungsleistungen

(1) ¹Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen (Module oder Abschlussarbeiten) werden von den jeweiligen Prüfern festgesetzt. ²Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

- 1 = eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
- 2 = eine Leistung, die über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
- 3 = eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
- 4 = eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
- 5 = eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

³Zur differenzierten Bewertung der Prüfungsleistungen können die Noten um den Wert von 0,3 angehoben oder gesenkt werden. ⁴Die Noten 0,7, 4,3, 4,7 und 5,3 werden nicht vergeben.

(2) ¹Die Gesamtnote der Prüfungsleistungen errechnet sich aus dem nach Leistungspunkten gewichteten Durchschnitt der Noten der einzelnen Prüfungsleistungen. ²Dabei wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

(3) Die Gesamtnoten lauten :

bei einem Durchschnitt bis einschließlich 1,5	=	sehr gut,
bei einem Durchschnitt von 1,6 bis einschl. 2,5	=	gut,
bei einem Durchschnitt von 2,6 bis einschl. 3,5	=	befriedigend,
bei einem Durchschnitt von 3,6 bis einschl. 4,0	=	ausreichend,
bei einem Durchschnitt über 4,0	=	nicht ausreichend.

(4) ¹Die Bestimmungen für die einzelnen Studiengänge in den Besonderen Teilen dieser Ordnung können vorsehen, dass einzelne Prüfungsleistungen bei der Bildung der Gesamtnoten besonders gewichtet werden.

(5) ¹Die nach (3) errechneten Gesamtnoten werden vom Prüfungsausschuss wie folgt in das *European Credit Transfer System* umgerechnet (niedrige Werte für Gesamtnoten zuerst; die Prozentzahlen beziehen sich auf die Gesamtzahl der Abschlussprüfungen):

A = Excellent	=	ausgezeichnet	10%
B = Very good	=	sehr gut	25%
C = Good	=	gut	30%
D = Satisfactory	=	befriedigend	25%
E = Adequate	=	ausreichend	10%
F = Fail	=	nicht bestanden	

§ 14 Bestehen und Nichtbestehen

(1) ¹Eine Prüfungsleistung zu einem Modul ist bestanden, wenn die Note mindestens „ausreichend“ (4,0 oder besser) ist. ²Leistungspunkte werden nur für bestandene Prüfungen vergeben.

(2) ¹Die Orientierungsprüfung, Zwischenprüfung, Bachelorprüfung und Masterprüfung sind jeweils bestanden, wenn die im Besonderen Teil aufgeführten Leistungen erbracht sind.

(3) ¹Hat der Prüfling die Orientierungsprüfung, Zwischenprüfung, Bachelorprüfung oder Masterprüfung nicht bestanden, so erteilt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses ihm hierüber Bescheid mit einer Rechtsbehelfsbelehrung.

(4) ¹Hat ein Prüfling die Orientierungsprüfung, die Zwischenprüfung, die Bachelorprüfung oder die Masterprüfung endgültig nicht bestanden, wird ihm auf seinen Antrag gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise und der Exmatrikulationsbescheinigung vom Prüfungsausschuss eine Bescheinigung ausgestellt, die die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Noten sowie die zur jeweiligen Prüfung noch fehlenden Prüfungsleistungen enthält und erkennen lässt, dass die Prüfung endgültig nicht bestanden ist.

§ 15 Wiederholung von Prüfungsleistungen

(1) ¹Prüfungsleistungen können wiederholt werden. ²Bei einer Wiederholungsprüfung

werden nur die Prüfungsleistungen wiederholt, die beim ersten Prüfungsversuch schlechter als mit „ausreichend“ (4,0) benotet wurden.³Die Noten der übrigen Prüfungsleistungen des ersten Prüfungsversuchs werden bei der Notenberechnung berücksichtigt.⁴Es ist maximal eine Wiederholungsprüfung einer Prüfungsleistung, die zur Orientierungsprüfung gehört, zulässig.⁵Bei allen anderen Prüfungsleistungen sind maximal drei Wiederholungsprüfungen zulässig.

(2)¹Wiederholungsprüfungen sind im Rahmen des nächstfolgenden Prüfungstermins für diese Prüfung abzulegen (vgl. § 10 Abs. 4).²Zwischen der Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses der Erstprüfung und der Wiederholungsprüfung sollen mindestens drei Wochen liegen.³Liegen zwischen der Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses der Erstprüfung und der Wiederholungsprüfung weniger als drei Wochen, so wird dem Prüfling ein Recht zur Abmeldung von der Prüfung zu diesem Termin eingeräumt.

(3)¹Eine zweite Wiederholung der Bachelor- oder der Masterarbeit ist ausgeschlossen.

§ 16 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1)¹Prüflinge können von den Prüfungen innerhalb der festgesetzten Fristen und entsprechend der festgelegten Form zurücktreten.

(2)¹Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ bewertet, wenn der Prüfling zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn er nach der in Absatz 1 genannten Frist oder nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt.²Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.

(3)¹Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe sind dem Prüfungsausschuss unverzüglich (innerhalb von drei Werktagen) schriftlich anzuzeigen und glaubhaft zu machen.²Bei Krankheit des Prüflings oder eines von ihm allein zu versorgenden Kindes ist unverzüglich ein ärztliches Attest unter Angabe der voraussichtlichen Dauer der Prüfungsunfähigkeit vorzulegen.³Werden die Gründe anerkannt, so gilt die Prüfung als nicht unternommen.⁴Sie findet am nächstfolgenden Prüfungstermin für diese Prüfungsleistung statt.⁵Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen.

(4)¹Bei lang anhaltender oder wiederholter Krankheit kann der Prüfungsausschuss ein Attest eines von der Universität Tübingen benannten Arztes verlangen.

(5)¹Versucht ein Prüfling, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ bewertet.²Ein Prüfling, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann vom jeweiligen Prüfer oder von der Aufsicht führenden Person von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ bewertet.³In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss den Prüfling von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.

(6)¹Der Prüfling kann innerhalb einer Frist von einem Monat verlangen, dass Entscheidungen nach Absatz 5 vom Prüfungsausschuss überprüft werden.²Belastende Entscheidungen sind den Betroffenen unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 17 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen

(1) ¹ Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen in demselben Studiengang an einer Universität oder einer gleichgestellten Hochschule in Deutschland werden ohne Gleichwertigkeitsprüfung angerechnet.

(2) ¹ Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen in anderen Studiengängen oder von nicht den Universitäten gleichgestellten Hochschulen werden angerechnet, soweit sie gleichwertig sind. ² Gleichwertigkeit ist gegeben, wenn Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen denen des betreffenden Studiengangs nach dieser Ordnung im Wesentlichen entsprechen. ³ Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen.

(3) ¹ Für Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend; Absatz 2 gilt außerdem auch für Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen an anderen Bildungseinrichtungen, insbesondere an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien.

(4) ¹ Bei der Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die außerhalb Deutschlands erbracht wurden, sind die von Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten.

(5) ¹ Die Anerkennung von Teilen der Bachelor- oder der Masterprüfung kann versagt werden, wenn mehr als die Hälfte der Leistungspunkte der jeweiligen Prüfung oder die Bachelor- oder Masterarbeit anerkannt werden sollen; mindestens 60 Leistungspunkte sind in einem Studiengang nach dieser Ordnung an der Universität Tübingen zu erwerben.

(6) ¹ Werden Studien- und Prüfungsleistungen anerkannt, sind die Noten, soweit die Notensysteme vergleichbar sind, zu übernehmen und nach dem in § 13 angegebenen Bewertungsschlüssel in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. ² Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. ³ Eine Kennzeichnung der Anrechnung im Zeugnis ist zulässig.

(7) ¹ Bei Vorliegen der Voraussetzungen von Absatz 1 bis 3 besteht ein Rechtsanspruch auf Anrechnung. ² Die Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die in Deutschland erbracht wurden, erfolgt von Amts wegen. ³ Der Prüfling hat die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen vorzulegen.

(8) ¹ Die Entscheidung über die Anrechnung von Prüfungsleistungen trifft der Prüfungsausschuss.

§ 18 Ungültigkeit von Prüfungen

(1) ¹ Hat der Prüfling bei einer Prüfungsleistung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, kann die Note der Prüfungsleistung, bei deren Erbringung der Prüfling getäuscht hat, berichtigt werden. ² Gegebenenfalls kann die Modulprüfung für „nicht ausreichend“ und die Orientierungsprüfung, die Zwischenprüfung, die Bachelorprüfung oder die Masterprüfung für „nicht bestanden“ erklärt werden.

(2) ¹ Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der Prüfling hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. ² Hat der Prüfling die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so kann die Prüfung für „nicht

ausreichend“ und die Orientierungsprüfung, die Zwischenprüfung, die Bachelorprüfung oder die Masterprüfung für „nicht bestanden“ erklärt werden.

(3) ¹Dem Prüfling ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) ¹Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. ²Mit dem unrichtigen Zeugnis ist auch die Bachelor- bzw. die Masterurkunde einzuziehen, wenn die Prüfung auf Grund einer Täuschungshandlung nach Absatz 1 für „nicht bestanden“ erklärt wurde. ³Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren, gerechnet vom Datum des Prüfungszeugnisses, ausgeschlossen.

§ 19 Einsicht in die Prüfungsakten

(1) ¹Innerhalb eines Jahres nach Abschluss eines Prüfungsverfahrens wird dem Prüfling auf Antrag in angemessener Frist Einsicht in seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten der Prüfer und in die Prüfungsprotokolle gewährt.

(2) ¹Ein entsprechender Antrag ist schriftlich beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen. ²Dieser bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

II. Orientierungsprüfung

§ 20 Voraussetzungen für die Zulassung zur Orientierungsprüfung

¹Zur Orientierungsprüfung kann nur zugelassen werden, wer die allgemeinen Zulassungsvoraussetzungen nach § 9 erfüllt.

§ 21 Durchführung, Art und Umfang der Orientierungsprüfung

(1) ¹Die Orientierungsprüfung wird studienbegleitend durchgeführt.

(2) ¹Art und Umfang der Prüfungsleistungen sowie die Prüfungsanforderungen sind in den Besonderen Teilen dieser Ordnung geregelt.

III. Zwischenprüfung

§ 22 Voraussetzungen für die Zulassung zur Zwischenprüfung

¹Zur Zwischenprüfung kann nur zugelassen werden, wer

1. die allgemeinen Zulassungsvoraussetzungen nach § 9 erfüllt,
2. die Orientierungsprüfung seines Studiengangs bestanden hat oder gleichwertige Prüfungsleistungen nachweist.

§ 23 Durchführung, Art und Umfang der Zwischenprüfung

(1) ¹Die Zwischenprüfung wird studienbegleitend durchgeführt.

(2) ¹Art und Umfang der Prüfungsleistungen sowie die Prüfungsanforderungen sind in den Besonderen Teilen dieser Ordnung geregelt.

IV. Bachelorprüfung

§ 24 Voraussetzungen für die Zulassung zur Bachelorprüfung

¹Zur Bachelorprüfung kann nur zugelassen werden, wer

1. die allgemeinen Zulassungsvoraussetzungen nach § 9 erfüllt,
2. die Zwischenprüfung in seinem Studiengang bestanden hat oder gleichwertige Prüfungsleistungen nachweist.

§ 25 Durchführung, Art und Umfang der Bachelorprüfung

¹Die Bachelorprüfung wird studienbegleitend durchgeführt. ²Sie umfasst auch die Bachelorarbeit (§ 26). ³Art und Umfang der Prüfungsleistungen sowie die Prüfungsanforderungen sind in den Besonderen Teilen dieser Ordnung geregelt.

§ 26 Bachelorarbeit

(1) ¹Die Bachelorarbeit ist eine Prüfungsarbeit. ²Das Thema wird von einem Prüfer nach § 7 im Rahmen eines Projektmoduls im dritten Jahr gestellt. ³Es ist dem Bereich der Biowissenschaften zu entnehmen. ⁴Findet der Prüfling keine Themenstellung der Bachelorarbeit, so sorgt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, dass der Prüfling rechtzeitig ein Thema für seine Bachelorarbeit erhält.

(2) ¹Erforderlich ist eine schriftliche Arbeit. ²Die Arbeit soll zeigen, dass der Verfasser in der Lage ist, ein Problem aus dem Themenbereich des zugrunde liegenden Projektmoduls selbstständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten und die gewonnenen Ergebnisse sachgerecht darzustellen.

(3) ¹Der Umfang der Bachelorarbeit entspricht einer Arbeitszeit von 8 Wochen ganztags. ²Die Aufgabenstellung ist vom Betreuer so zu begrenzen, dass die zur Bearbeitung vorgesehene Zeit eingehalten werden kann. ³Das Bewertungsverfahren soll spätestens 4 Wochen nach Abgabe der Arbeit abgeschlossen sein.

(4) ¹Die fertige Bachelorarbeit ist in einem gebundenen Exemplar beim Prüfungsausschuss abzugeben. ²Der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. ³Bei der Abgabe hat der Prüfling schriftlich zu versichern,

1. dass er seine Arbeit bzw. bei einer Gruppenarbeit seinen entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit selbstständig verfasst hat,
2. dass er keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt und alle wörtlich oder sinngemäß aus anderen Werken übernommenen Aussagen als solche gekennzeichnet hat,
3. dass die eingereichte Arbeit weder vollständig noch in wesentlichen Teilen Gegenstand eines anderen Prüfungsverfahrens gewesen ist.
4. Der Kandidat hat bis zum Abschluss des Prüfungsverfahrens die Materialien verfügbar zu halten, welche die eigenständige Abfassung der Arbeit belegen können.

(5) ¹Die Bachelorarbeit wird von einem Prüfer bewertet, der der Betreuer der Arbeit sein kann. ²§ 13 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 27 Zeugnis der Bachelorprüfung

(1) ¹Über die bestandene Bachelorprüfung wird ein Zeugnis ausgestellt, das

1. den Namen des Studiengangs,
2. das Thema und die Note der Bachelorarbeit,
3. das Fachsemester, in dem die Prüfung abgeschlossen wurde,
4. die Gesamtnote

enthält. ²Das Zeugnis ist vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen. ³Es trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist.

(2) ¹Die Hochschule stellt ein *Diploma Supplement* (DS) und eine *Leistungsübersicht* aus.

§ 28 Hochschulgrad und Bachelorurkunde

(1) ¹Auf Grund der bestandenen Bachelorprüfung wird der Hochschulgrad eines „Bachelor of Science“ (abgekürzt: „B.Sc.“) verliehen.

(2) ¹Gleichzeitig mit dem Zeugnis der Bachelorprüfung erhält der Prüfling eine Bachelorurkunde mit dem Datum des Zeugnisses. ²Darin wird die Verleihung des Bachelorgrades beurkundet. ³Die Urkunde wird in zwei Sprachen, auf deutsch und auf englisch ausgehändigt.

(3) ¹Die Bachelorurkunde wird vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und vom Dekan unterzeichnet und mit dem Siegel der Universität versehen. ²Mit der Aushändigung der Bachelorurkunde wird das Recht zur Führung des akademischen Grades „Bachelor of Science“ („B.Sc.“) begründet.

V. Masterprüfung

§ 29 Voraussetzungen für die Zulassung zur Masterprüfung

¹Zur Masterprüfung kann nur zugelassen werden, wer

1. die allgemeinen Zulassungsvoraussetzungen nach § 9 erfüllt,
2. die Bachelorprüfung in einem B. Sc.-Studiengang nach dieser Ordnung bestanden hat oder einen gleichwertigen Studienabschluss nachweist.

§ 30 Durchführung, Art und Umfang der Masterprüfung

¹Die Masterprüfung besteht aus den studienbegleitenden Prüfungsleistungen und der Masterarbeit (§ 31). ²Art und Umfang der Prüfungsleistungen sowie die Prüfungsanforderungen sind für jeden Studiengang in den Besonderen Teilen dieser Ordnung geregelt.

§ 31 Masterarbeit

(1) ¹Die Masterarbeit ist eine schriftliche Abschlussarbeit. ²Das Thema ist dem Bereich der der Biowissenschaften zu entnehmen. ³Sie soll zeigen, dass der Prüfling in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine Aufgabenstellung aus seinem Studienfach selbstständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten und die Ergebnisse sachgerecht darzustellen.

(2) ¹Jede nach § 7 Abs. 2 Satz 1 in dem betreffenden Fach prüfungsberechtigte Person ist berechtigt, das Thema der Masterarbeit zu stellen und diese zu betreuen. ²Dem Prüfling ist Gelegenheit zu geben, Vorschläge für das Thema der Masterarbeit zu machen. ³Dieses ist mit dem Betreuer zu vereinbaren und mit einer Bestätigung des Betreuers dem Prüfungsausschuss vorzulegen. ⁴Findet der Prüfling keinen Betreuer, so sorgt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, dass der Prüfling rechtzeitig ein Thema für seine Masterarbeit

erhält.⁵ Thema und Zeitpunkt der Übernahme sind aktenkundig zu machen.

(3) ¹Die Bearbeitungszeit für die Masterarbeit beträgt sechs Monate. ²Art und Umfang der Aufgabenstellung sind vom Betreuer so zu begrenzen, dass die zur Bearbeitung vorgesehene Frist eingehalten werden kann. ³Die Bearbeitungszeit kann auf Antrag des Prüflings aus Gründen, die dieser nicht zu vertreten hat, vom Prüfungsausschuss um insgesamt höchstens drei Monate verlängert werden. ⁴Die Gründe sind vom Prüfling in geeigneter Form schriftlich nachzuweisen. ⁵Das Bewertungsverfahren soll spätestens nach drei Monaten abgeschlossen sein.

(4) ¹Die Masterarbeit ist in deutscher oder englischer Sprache abzufassen. ²Die Masterarbeit kann neben einem ausgedruckten Text auch multimediale Teile auf elektronischen Datenträgern enthalten, sofern die Themenstellung dies erfordert.

(5) ¹Teile der Masterarbeit können auch in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des einzelnen Prüflings auf Grund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderungen nach Absatz 1 erfüllt.

(6) ¹Innerhalb der Bearbeitungsfrist nach Absatz 3 ist die fertige Masterarbeit in zwei gebundenen Exemplaren beim Prüfungsausschuss abzugeben. ²Der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. ³Bei der Abgabe hat der Prüfling schriftlich zu versichern,

1. dass er seine Arbeit bzw. bei einer Gruppenarbeit seinen entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit selbstständig verfasst hat,
2. dass er keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt und alle wörtlich oder sinngemäß aus anderen Werken übernommenen Aussagen als solche gekennzeichnet hat,
3. dass die eingereichte Arbeit weder vollständig noch in wesentlichen Teilen Gegenstand eines anderen Prüfungsverfahrens gewesen ist.
4. Der Kandidat hat bis zum Abschluss des Prüfungsverfahrens die Materialien verfügbar zu halten, welche die eigenständige Abfassung der Arbeit belegen können.

(7) ¹Die Masterarbeit wird von zwei Prüfern bewertet. ²Einer der Prüfer ist der Betreuer der Masterarbeit. ³Bei der Bewertung wird der Durchschnitt gebildet. § 13 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 32 Zeugnis der Masterprüfung

(1) ¹Über die bestandene Masterprüfung wird ein Zeugnis ausgestellt, das

1. den Namen des Studiengangs,
2. die Nennung der Vertiefungsrichtung,
3. ggfs. die Nennung eines Zusatzfaches,
4. das Thema und die Note der Masterarbeit,
5. das Fachsemester, in dem die Prüfung abgeschlossen wurde, und
6. die Gesamtnote

enthält. ²Das Zeugnis ist vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen. ³Es trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist.

(2) ¹Die Hochschule stellt ein *Diploma Supplement* (DS) und eine Leistungsübersicht aus.

§ 33 Hochschulgrad und Masterurkunde

(1) ¹Auf Grund der bestandenen Masterprüfung wird der Hochschulgrad eines „Master of Science“ (abgekürzt: „M.Sc.“) verliehen.

(2) ¹Gleichzeitig mit dem Zeugnis der Masterprüfung erhält der Prüfling eine Masterurkunde mit dem Datum des Zeugnisses. ²Darin wird die Verleihung des Mastergrades beurkundet.

³Die Urkunde wird zweisprachig, auf deutsch mit englischer Übersetzung ausgehändigt.

(3) ¹Die Masterurkunde wird vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und vom Dekan unterzeichnet und mit dem Siegel der Universität versehen. ²Mit der Aushändigung der Masterurkunde wird das Recht zur Führung des akademischen Grades „Master of Science“ („M.Sc.“) begründet.

VI. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 34 Inkrafttreten

¹Diese Ordnung tritt zum 1. Oktober 2010 in Kraft. ²Gleichzeitig tritt die Prüfungsordnung der Universität Tübingen für den Bachelor-Studiengang Biologie vom 4. März 2010 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Tübingen 2010, Nr.2, S. 28 ff.) und für den Master-Studiengang vom 13. April 2010 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Tübingen 2010, Nr.4, S.91ff.) außer Kraft.

§ 35 Übergangsregelung

(1) ¹Studierende, die ihr Studium in einem Diplomstudiengang der Fakultät für Biologie der Universität Tübingen vor Inkrafttreten dieser Ordnung begonnen haben, können nach Inkrafttreten dieser Ordnung nach den Bestimmungen der bisher geltenden Ordnung die Diplom-Vorprüfung und die Diplomprüfung ablegen.

(2) ¹Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen an der Universität Tübingen in denselben Fächern eines Diplomstudiengangs werden innerhalb dieser Übergangsfrist ohne Gleichwertigkeitsprüfung angerechnet. ²Eine in demselben Fach an der Universität Tübingen nach der bisher geltenden Diplomprüfungsordnung im Rahmen der Diplom-Vorprüfung abgelegte Fachprüfung wird innerhalb dieser Übergangsfrist als mit der durch diese Ordnung geforderten Fachprüfung innerhalb der Vorprüfung gleichwertig anerkannt. ³Dies gilt auch für die Diplom-Vorprüfung als Ganzes.

Tübingen, den 20. August 2010

Professor Dr. Bernd Engler
Rektor

§ 1 Geltung des Allgemeinen Teils

¹Die Prüfungs- und Studienordnung der Universität Tübingen für die Studiengänge der Fakultät für Biologie mit akademischer Abschlussprüfung Bachelor of Science (B.Sc.) und Master of Science (M.Sc.) — Allgemeiner Teil — ist in der jeweils geltenden Fassung Bestandteil dieser Ordnung.

I. Ziele, Inhalte und Aufbau des Studiums

§ 2 Studienziele und Studieninhalte, Regelstudienzeit, Studienumfang

(1) ¹Das Studium des B.Sc. in Biologie dient der Aneignung langfristiger, auf systematische kritische Erkenntnisgewinnung und Erkenntnisfortschritt gerichteter grundlegender wissenschaftlicher Qualifikationen, die eine erste allgemeine wissenschaftlich fundierte berufsbezogene Qualifikation der Studierenden in biowissenschaftlichen Berufsfeldern begründen. ²Die Studierenden sollen lernen, wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse aus den Biowissenschaften anzuwenden, und die Fähigkeit erwerben aus allgemeinen, synthetischen Konzepten konkrete Fragestellungen abzuleiten und theoretisch wie praktisch zu analysieren und zu testen. ³Zusätzlich sollen sie persönliche Fähigkeiten wie korrektes wissenschaftliches Arbeiten, Teamarbeit, Effizienz, Präsentationstechniken in Wort und Schrift, Sicherheit am Arbeitsplatz und verantwortliches Handeln gegenüber Gesellschaft und Umwelt entwickeln.

(2) ¹Die Regelstudienzeit im B.Sc.-Studiengang Biologie beträgt sechs Semester. ²Der Erwerb von insgesamt 180 Leistungspunkten ist Voraussetzung, um diesen B.Sc.-Studiengang erfolgreich abzuschließen.

§ 3 Studienaufbau, Vertiefung, Schwerpunkte, Module

(1) ¹Das Studium der Biologie in einem B.Sc.-Studiengang gliedert sich in drei Studienjahre, die jeweils im Wintersemester beginnen. ²Das erste Jahr schließt mit der Orientierungsprüfung, das zweite mit der Zwischenprüfung und das dritte mit der Bachelorprüfung ab.

(2) ¹Die Studierenden absolvieren im ersten und zweiten Studienjahr ein Pflichtprogramm von 120 Leistungspunkten (LP), welches aus 15 Grundmodulen besteht und wie folgt eingeteilt ist:

Grundmodule im ersten Studienjahr	LP
1. Biomoleküle und Zelle	6
2. Bau und Funktion der Pflanzen und der Tiere	6
3. Botanik	6
4. Zoologie	6
5. Mathematik	9
6. Physik	9
7. Chemie	9
8. Biochemie	9
gesamt	60

Grundmodule im zweiten Studienjahr	LP
9. Tierphysiologie	9
10. Molekulare Biologie I (Zellbiologie, Genetik)	9
11. Molekulare Biologie II (Mikrobiologie, Pflanzenphysiologie)	12
12. Ökologie und Biodiversität I	9
13. Ökologie und Biodiversität II	9
14. Ethik	6
15. Mentorenprogramm	6
gesamt	60

²Das dritte Studienjahr besteht aus Schwerpunktmodulen im Gesamtumfang von 36 LP, einem Projektmodul von 12 LP und der Bachelorarbeit (§ 10). ³Mindestens 24 LP der Schwerpunktmodule sind aus dem Angebot der Fakultät Biologie zu wählen. ⁴12 weitere LP können aus dem allgemeinen Angebot der Universität im Rahmen der zur Verfügung stehenden Kapazität gewählt werden.

II. Vermittlung der Studieninhalte

§ 4 Arten von Lehrveranstaltungen

(1) ¹Lehrveranstaltungen der folgenden Arten werden regelmäßig angeboten:

Vorlesungen
Seminare und Kolloquien
Übungen und Praktika
Exkursionen
Tutorien

²Lehrveranstaltungen können in englischer Sprache stattfinden; es wird vorausgesetzt, dass die Studierenden Englisch in Wort und Schrift beherrschen. ³Für Lehrveranstaltungen, die ganz oder überwiegend aus Elementen der Veranstaltungstypen von Satz 1 Ziffer 2 bis 5 bestehen, können zahlenmäßige Zugangsbeschränkungen festgelegt werden. ⁴In diesen Lehrveranstaltungen sollen insbesondere fachspezifische Arbeitstechniken und auch überfachliche berufsfeldorientierte Qualifikationen vermittelt werden. ⁵Außerdem sollen die Studierenden die Gelegenheit haben, in kleineren Gruppen die Fähigkeit zu entwickeln, erarbeitete Kenntnisse mündlich und schriftlich wiederzugeben.

III. Organisation des Studiums und der Lehre

§ 5 Pflicht-, Wahlpflicht- und Wahlmodule, Leistungspunkte

(1) ¹Das Studium dieses Studiengangs gliedert sich bis zur Zwischenprüfung in verpflichtende Grundmodule (siehe § 3) mit einem Gesamtumfang von 120 Leistungspunkten. Daran schließen sich im dritten Jahr als Wahlpflichtprogramm Schwerpunktmodule (36 LP), ein Projektmodul (12 LP) und eine Bachelorarbeit (12 LP) an.

(2) ¹Für jeden erfolgreich absolvierten Abschluss eines Moduls werden die entsprechende Anzahl Leistungspunkte vergeben.

IV. Orientierungsprüfung

§ 6 Art und Durchführung der Orientierungsprüfung

(1) ¹Die Orientierungsprüfung besteht aus folgenden studienbegleitenden Prüfungsleistungen

1. Biomoleküle und Zelle
2. Bau und Funktion der Pflanzen und der Tiere
3. Botanik
4. Zoologie

(2) ¹Die Orientierungsprüfung ist bestanden, wenn alle in (1) aufgeführten studienbegleitenden Prüfungsleistungen bestanden sind.

(3) ¹Eine Gesamtnote für die Orientierungsprüfung wird nicht ermittelt.

V. Zwischenprüfung

§ 7 Art und Durchführung der Zwischenprüfung

(1) ¹Die Zwischenprüfung besteht aus den 15 studienbegleitenden Prüfungsleistungen der in § 3 Abs. 2 genannten Grundmodule.

(2) ¹Die Zwischenprüfung gilt als bestanden, wenn alle Leistungspunkte des ersten Studienjahres und mindestens 42 Leistungspunkte des zweiten Jahres erworben wurden.

(3) ¹Eine Gesamtnote für die Zwischenprüfung wird nicht ermittelt.

VI. Bachelorprüfung

§ 8 Fachliche Zulassungsvoraussetzungen

¹Fachliche Zulassungsvoraussetzung sind:
der erfolgreiche Abschluss aller Grundmodule des ersten und zweiten Studienjahrs;
die regelmäßige und erfolgreiche Teilnahme an Schwerpunktmodulen gemäß § 5 Abs. 1;
die regelmäßige und erfolgreiche Teilnahme an einem Projektmodul gemäß § 5 Abs. 1;
die erfolgreiche Anfertigung einer Bachelorarbeit.

§ 9 Art und Durchführung der Bachelorprüfung

(1) ¹Die Bachelorprüfung wird studienbegleitend abgelegt. ²Sie besteht aus den Prüfungsleistungen der Grundmodule, der Schwerpunktmodule und des Projektmoduls. Die Bachelorprüfung umfasst ferner die Bachelorarbeit (§ 10).

(2) ¹Der Zeitpunkt, die Art und der Umfang der studienbegleitenden Prüfungen sind vom jeweiligen Leiter der Lehrveranstaltung des Schwerpunktmoduls zu Beginn des Semesters, in der Regel im Modulhandbuch, allen Studierenden, die an dem Schwerpunktmodul teilnehmen, bekannt zu geben. ²Das gleiche gilt für das Projektmodul.

§ 10 Bachelorarbeit

¹Die Bachelorarbeit soll sich inhaltlich am Projektmodul ausrichten. ²Sie kann nur begonnen

werden, wenn die Module des ersten und zweiten Jahres vollständig abgeschlossen sind.
³Für die erfolgreich absolvierte Bachelorarbeit werden 12 LP vergeben. ⁴Sie ist in § 26 im Allgemeinen Teil dieser Ordnung geregelt.

§ 11 Bildung der Gesamtnote

¹Die Gesamtnote der Bachelorprüfung ist der Mittelwert der mit den Leistungspunkten gewichteten Noten aller benoteten Grundmodule, Schwerpunktmodule, des Projektmoduls und der Bachelorarbeit. Darüber hinaus werden die Grundmodule 6 bis 9 mit einem Faktor 0,5, die Module des 3. Studienjahres (Schwerpunktmodule, Projektmodul und Bachelorarbeit) mit einem Faktor 2 gewichtet. § 13 Abs. 2 Satz 2 im Allgemeinen Teil dieser Ordnung gilt entsprechend.

VII. Schlussbestimmung

§ 12 Inkrafttreten

¹Diese Ordnung tritt am 1. Oktober 2010 in Kraft.

Tübingen, den 20. August 2010

Professor Dr. Bernd Engler
Rektor

B.2 - Besonderer Teil

für den Studiengang Master of Science in Biologie

Aufgrund von § 19 Abs. 1 Ziff. 9, § 34 Abs. 1 LHG in der Fassung vom 1.1.2005, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Verbesserung des Hochschulzugangs beruflich Qualifizierter und der Hochschulzulassung vom 15. Juni 2010, hat der Rektor mit Eilentscheidung gemäß § 3 Abs. 5 der Grundordnung der Universität Tübingen am 20. August 2010 den nachstehenden Besonderen Teil für den Studiengang Master of Science in Biologie der Prüfungs- und Studienordnung der Universität Tübingen für die Studiengänge der Fakultät für Biologie mit akademischer Abschlussprüfung Bachelor of Science (B.Sc.) und Master of Science (M.Sc.) beschlossen.

Inhaltsübersicht des Besonderen Teils B.2

§ 1 Geltung des Allgemeinen Teils

I. Zeile, Inhalte und Aufbau des Studiums

§ 2 Studienziele und Studieninhalte, Regelstudienzeit, Studienumfang

§ 3 Studienaufbau, Vertiefungsrichtungen, Module

II. Vermittlung der Studieninhalte

§ 4 Zulassungsvoraussetzung

§ 5 Arten von Lehrveranstaltungen

III. Studienanforderungen der einzelnen Vertiefungsrichtungen

§ 6 Ethik in den Biowissenschaften

§ 7 Evolution und Ökologie

§ 8 Mikrobiologie

§ 9 Molekulare Zellbiologie & Immunologie

§ 10 Neurobiologie

§ 11 Zelluläre und Molekulare Biologie der Pflanzen

IV. Masterprüfung

§ 12 Fachliche Zulassungsvoraussetzungen

§ 13 Art und Durchführung der Masterprüfung

§ 14 Masterarbeit

§ 15 Bildung der Gesamtnote

V. Schlussbestimmung

§ 16 Inkrafttreten

**Alle Amts-, Status-, Funktions- und Berufsbezeichnungen in dieser Ordnung betreffen gleichermaßen Frauen und Männer.*

§ 1 Geltung des Allgemeinen Teils

¹Die Prüfungs- und Studienordnung der Universität Tübingen für die Studiengänge der Fakultät für Biologie mit akademischer Abschlussprüfung Bachelor of Science (B.Sc.) und Master of Science (M.Sc.) — Allgemeiner Teil — ist in der jeweils geltenden Fassung Bestandteil dieser Ordnung.

I. Ziele, Inhalte und Aufbau des Studiums

§ 2 Studienziele und Studieninhalte, Regelstudienzeit, Studienumfang

(1) ¹Das Studium des Master of Science in Biologie dient auf einer fortgeschrittenen Ebene der Aneignung wissenschaftlicher Qualifikationen, die auf einen systematischen kritischen Erkenntnisgewinn und Erkenntnisfortschritt gerichtet sind. ²Das Studium bietet eine gehobene, berufsbezogene Qualifikation der Studierenden in einem Spezialgebiet der biowissenschaftlichen Berufsfelder. ³Die Studierenden sollen außerdem lernen, aktuelle wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse aus diesem Teilbereich anzuwenden. ⁴Dabei sollen sie ihre Fähigkeit weiter ausbauen, aus allgemeinen Konzepten konkrete Fragestellungen abzuleiten und theoretisch wie praktisch zu analysieren und zu testen. ⁵Zusätzlich sollen sie persönliche Fähigkeiten wie professionelles, selbständiges wissenschaftliches Arbeiten, Teamarbeit, Effizienz, Präsentation in Wort und Schrift in deutscher und englischer Sprache, Sicherheit am Arbeitsplatz und verantwortliches Handeln gegenüber Gesellschaft und Umwelt erwerben.

(2) ¹Die Regelstudienzeit im M.Sc.-Studiengang in Biologie beträgt vier Semester. ²Der Erwerb von insgesamt 120 Leistungspunkten (LP) ist Voraussetzung, um diesen M.Sc.-Studiengang erfolgreich abzuschließen. ³Dieser Zeitraum und diese Leistungspunktzahl umfassen auch das Erstellen der Masterarbeit.

§ 3 Studienaufbau, Vertiefungsrichtungen, Zusatzfächer, Module

(1) ¹Der Masterstudiengang ist ein konsekutiver, forschungsorientierter Studiengang. ²Er gliedert sich in zwei Studienjahre, die jeweils im Wintersemester beginnen. ³Das zweite Jahr schließt mit der Masterprüfung ab.

(2) ¹Jeder Studierende wählt eine der sechs im Rahmen des Studiengangs angebotenen Vertiefungsrichtungen (siehe § 6-11). ²Für das Programm der Vertiefungsrichtungen ist jeweils ein Koordinator verantwortlich.

(3) ¹Der Studiengang umfasst im ersten und zweiten Studienjahr Lehrveranstaltungen von insgesamt 90 LP. ²Mindestens 72 LP sind aus dem Lehrangebot der Biologie zu wählen, davon mindestens 60 LP aus dem Angebot der jeweiligen Vertiefungsrichtung. ³Die restlichen LP können aus dem Angebot der Universität im Rahmen der zur Verfügung stehenden Kapazität gewählt werden.

(4) ¹Die Anrechnung von Modulen aus anderen Fakultäten oder anderen wissenschaftlichen Einrichtungen als Lehrangebot der Biologie bzw. der jeweiligen Vertiefungsrichtung ist mit dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu vereinbaren. ²Dieser kann die Anrechnung an den Koordinator einer Vertiefungsrichtung delegieren.

(5) ¹Verbunden mit einer Vertiefungsrichtung können die Zusatzfächer „Humangenetik“ oder „Parasitologie“ im Umfang von mindestens 18 LP gewählt werden. ²Die im Zusatzfach zu erbringenden Leistungen legt der Prüfungsausschuss fest. ³Sie sind dem Modulhandbuch bzw. dem Studienplan zu entnehmen.

(6) ¹Für jeden erfolgreich absolvierten Abschluss eines Moduls werden die entsprechende Anzahl LP vergeben.

(7) ¹Die Masterarbeit wird in der Regel im zweiten Jahr erstellt und hat einen Arbeitsumfang von sechs Monaten (30 LP).

II. Vermittlung der Studieninhalte

§ 4 Zulassungsvoraussetzungen

(1) Die Zulassungsvoraussetzungen werden in einer Auswahlsetzung geregelt.

§ 5 Arten von Lehrveranstaltungen

(1) ¹Lehrveranstaltungen der folgenden Arten werden regelmäßig angeboten:

- Vorlesungen
- Seminare und Kolloquien
- Übungen und Praktika
- Exkursionen

²Für Lehrveranstaltungen, die ganz oder überwiegend aus Elementen der Veranstaltungstypen von Satz 1 Ziffer 2 bis 4 bestehen, können zahlenmäßige Zugangsbeschränkungen festgelegt werden. ³In diesen Lehrveranstaltungen sollen insbesondere fachspezifische Arbeitstechniken und auch überfachliche berufsfeldorientierte Qualifikationen vermittelt werden. ⁴Außerdem sollen die Studierenden die Gelegenheit haben, in kleineren Gruppen die Fähigkeit zu vertiefen, erarbeitete Kenntnisse mündlich und schriftlich wiederzugeben.

(2) ¹Lehrveranstaltungen können in englischer oder deutscher Sprache angeboten werden.

(3) ¹Das Modulhandbuch enthält folgende Angaben zu den einzelnen Modulen:

1. Name des Moduls,
2. Inhalte und Qualifikationsziele,
3. Lehrform(en) gemäß Absatz 1,
4. Teilnahmevoraussetzungen und -beschränkungen,
5. Verwendbarkeit des Moduls und empfohlenes Semester,
6. die gemäß dieser Ordnung festgelegten Leistungspunkte, die Voraussetzungen für deren Vergabe, insbesondere die Prüfungsanforderungen, wie sie für die jeweilige Prüfung nach dieser Ordnung festgelegt sind,
7. Häufigkeit des Angebots,
8. Arbeitsaufwand und Dauer der Lehrveranstaltung(en).

III. Studienanforderungen der einzelnen Vertiefungsrichtungen

§ 6 Ethik in den Biowissenschaften

(1) ¹Die Vertiefungsrichtung „Ethik in den Biowissenschaften“ vermittelt - vor dem Hintergrund einer Verankerung innerhalb der Biowissenschaften - eine fundierte Kenntnis der Problemstellungen, theoretischen Grundlagen und Methoden der Bioethik. ²Hierzu werden ethische, philosophische und einzelwissenschaftliche Elemente in einer interdisziplinären Reflexion kombiniert.

(2) ¹Die Vertiefungsrichtung umfasst Pflichtmodule im Umfang von 36 LP. ²Ferner sind Wahlpflichtmodule im Umfang von 24 LP aus dem Katalog der Vertiefungsrichtung zu wählen. ³Einzelheiten zu den Veranstaltungen sind dem Modulhandbuch bzw. dem Studienplan zu entnehmen. ⁴Studierende müssen zum Ende des Masterstudiums insgesamt 30 LP aus naturwissenschaftlichen Modulen der Biowissenschaften vorweisen. ⁵Wurden in einem vorangegangenen Studium entsprechende Leistungspunkte erzielt, so verringert sich die erforderliche Anzahl auf 18 LP.

§ 7 Evolution und Ökologie

(1) ¹Die Vertiefungsrichtung „Evolution und Ökologie“ vermittelt Wissen zur Entstehung, zur Evolution und zum Erhalt komplexer, biologischer Systeme in Zeit (aktuell – historisch) und Raum (lokal – global) und integriert Prozesse von der genetischen Ebene über den Organismus bis hin zu den Biozönosen. ²Es werden sowohl synthetische Grundlagenprinzipien als auch angewandte, umweltrelevante Aspekte vermittelt. ³Im Zentrum dieser Vertiefungsrichtung steht die vertiefende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Evolution der Organismen und der Bedeutung derer Interaktionen in ihrer Umwelt.

(2) ¹Die Vertiefungsrichtung umfasst Pflichtmodule im Umfang von 36 LP. ²Aus dem Katalog der Vertiefungsrichtung müssen zudem Wahlpflichtmodule im Umfang von mindestens 24 LP gewählt werden. ³Studierende müssen mindestens ein Modul (6 LP) belegen, das überwiegend auf Freilandarbeit ausgerichtet ist. ⁴Einzelheiten sind dem Modulhandbuch bzw. dem Studienplan zu entnehmen.

§ 8 Mikrobiologie

(1) ¹Die Vertiefungsrichtung „Mikrobiologie“ vermittelt Wissen über die vielfältigen Lebensvorgänge von Mikroorganismen. ²Im Mittelpunkt der Vertiefungsrichtung wird die genetische und biochemische Untersuchung von StoffwechsellLeistungen von Bakterien stehen. ³Besondere Beachtung wird zum einen die Rolle von Mikroorganismen bei pathogenen Prozessen und zum anderen ihre Bedeutung bei biotechnologischen Verfahren finden.

(1) ¹Die Vertiefungsrichtung umfasst ein Großpraktikum im Umfang von 24 LP sowie Wahlpflichtmodule im Umfang von 36 LP aus dem Katalog der Vertiefungsrichtung. ²Einzelheiten zu den Veranstaltungen sind dem Modulhandbuch bzw. dem Studienplan zu entnehmen.

§ 9 Molekulare Zellbiologie & Immunologie

(1) ¹Die Vertiefungsrichtung „Molekulare Zellbiologie & Immunologie“ vermittelt Wissen über die komplexen Prozesse der Regulation zellulärer und immunologischer Prozesse bei Mensch und Tier. ²Im Zentrum dieser Vertiefungsrichtung steht die vertiefte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit normalen und pathogenen Mechanismen, die die Funktion und das Verhalten von Zellen steuern. ³Experimentelles Untersuchungsobjekt wird die tierische oder menschliche Einzelzelle sein, die in Zellkulturen gezüchtet wird. ⁴Aus diesen Erkenntnissen und experimentellen Resultaten an Einzelzellen werden Ableitungen über Zellfunktionen im Zellverband getroffen. ⁵Dabei werden Fragen der Zelldifferenzierung und der Organentwicklung einbezogen. ⁶Die immunologischen Prozesse werden dabei im besonderen Bezug zu krankheitsbedingten Fehlfunktionen betrachtet, wie sie sich bei Immundefekten oder der Tumorummunologie zeigen.

(2) ¹Die Vertiefungsrichtung umfasst Pflichtmodule im Umfang von 36 LP sowie Wahlpflichtmodule im Umfang von 24 LP. ²Einzelheiten sind dem Modulhandbuch bzw. dem Studienplan zu entnehmen.

§ 10 Neurobiologie

(1) ¹Die Vertiefungsrichtung „Neurobiologie“ soll Studierenden gründliche neurowissenschaftliche Kenntnisse und breite Fähigkeiten der aktuellen Methoden neurowissenschaftlicher Forschung vermitteln und sie zur eigenständigen Behandlung und Lösung von wissenschaftlichen Problemen aus dem Bereich der Neurowissenschaften befähigen. ²Der Schwerpunkt liegt hierbei auf dem Bereich der Integrativen Neurowissenschaften höherer Wirbeltiere.

(2) ¹Im Rahmen der insgesamt 60 LP in der Vertiefungsrichtung müssen als Pflichtveranstaltungen erbracht werden:

- Theoriemodul „Einführung in die Neuro- und Verhaltensbiologie“ (9 LP)
- Großpraktikum (30 LP)

²Weitere Wahlpflichtmodule im Umfang von 21 LP müssen aus dem Katalog der Lehrveranstaltungen der Vertiefungsrichtung gewählt werden. ³Einzelheiten zu den Veranstaltungen sind dem Modulhandbuch bzw. dem Studienplan zu entnehmen. ⁴So genannte „lab rotations“ können im Einzelfall als Wahlpflichtmodul anerkannt werden.

§ 11 Zelluläre und Molekulare Biologie der Pflanzen

(1) ¹Die Vertiefungsrichtung „Zelluläre und Molekulare Biologie der Pflanzen“ strebt eine forschungsorientierte Ausbildung an und hat zum Ziel, Integrationsleistungen der pflanzlichen Zelle im organismischen Kontext zu erarbeiten. ²Als sessile Organismen zeichnen sich Pflanzen durch eine einzigartige Plastizität in ihrer Entwicklung aus, die auf der Grundlage genetisch festgelegter Reaktionsnormen eine adäquate Anpassung an veränderte Umweltbedingungen ermöglicht. ³Die Perzeption, Verarbeitung und Integration zahlreicher endogener und exogener Signale und ihre phänotypische Umsetzung stellen herausfordernde wissenschaftliche Fragestellungen der modernen molekularen Pflanzenbiologie dar und stehen im Zentrum dieser Vertiefungsrichtung.

(2) ¹Die Vertiefungsrichtung umfasst Pflichtmodule im Umfang von 36 LP. ²Ferner müssen Wahlpflichtmodule im Umfang von 24 LP aus dem Katalog der Vertiefungsrichtung gewählt werden. ³Einzelheiten zu den Veranstaltungen sind dem Modulhandbuch bzw. dem Studienplan zu entnehmen.

IV. Masterprüfung

§ 12 Fachliche Zulassungsvoraussetzungen

¹Fachliche Zulassungsvoraussetzungen für die Masterprüfung sind:

1. der erfolgreiche Erwerb von 90 LP (siehe §§ 6-11 Vertiefungsrichtungen),
2. die erfolgreiche Anfertigung einer Masterarbeit.

§ 13 Art und Durchführung der Masterprüfung

(1) ¹Die Masterprüfung besteht aus den studienbegleitenden Prüfungsleistungen in den Modulen sowie der Masterarbeit (§ 14).

(2) ¹Der Zeitpunkt, die Art und der Umfang der studienbegleitenden Prüfungen sind vom jeweiligen Leiter der Lehrveranstaltung des Moduls zu Beginn des Semesters, in der Regel im Modulhandbuch, allen Studierenden, die an dem Modul teilnehmen, bekannt zu geben.

§ 14 Masterarbeit

¹Die Masterarbeit wird in der Regel in der Vertiefungsrichtung gewählt. ²Sie kann erst angemeldet werden, wenn Module im Umfang von 60 LP abgeschlossen sind. ³Die Masterarbeit ist ferner in § 31 des Allgemeinen Teils sowie in § 3 Absatz 7 des Besonderen Teils B2 dieser Ordnung geregelt.

§ 15 Bildung der Gesamtnote

¹Die Gesamtnote der Masterprüfung ist der Mittelwert der nach den Leistungspunkten gewichteten Noten aller Module und der Masterarbeit nach § 14. ²Darüber hinaus wird die Note der Masterarbeit mit einem Faktor 2 gewichtet. ³§ 13 (Allgemeiner Teil) Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

V. Schlussbestimmung

§ 16 Inkrafttreten

¹Diese Ordnung tritt am 1. Oktober 2010 in Kraft.

Tübingen, den 20. August 2010

Professor Dr. Bernd Engler
Rektor